

## Weitere Beiträge

*Hellmut Seier*

### Eugen Schiffer als Zeitbeobachter 1941/42. Zu einem unbekannten Kriegstagebuch des früheren Reichsministers

Über den Nationalliberalen Eugen Schiffer (1860-1954) ist wenig gearbeitet worden<sup>1</sup>. Als Jude geboren, als Jurist und Richter tätig, ist er nach der Taufe Parlamentarier geworden und zu hohen Ämtern gelangt. In den Anfängen der Weimarer Republik ging er zur DDP, wurde Minister und Reichsvizekanzler. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er zu den Gründern der LDP gehört und noch fast neunzigjährig der ostzonalen Justizverwaltung vorgestanden<sup>2</sup>. Ein ungewöhnliches Leben – aber es hat noch keinen Biographen gereizt<sup>3</sup>. Auch hat sich noch kein Interpret in das gedruckte Gesamtwerk vertieft, das aus Büchern, Aufsätzen, Leitartikeln und Reden besteht<sup>4</sup>, und auch noch kein Editor in die ungedruckte Hinterlassenschaft<sup>5</sup>.

Die Zurückhaltung mag verschiedene Gründe haben. Eine Rolle könnte dabei die Mobilität im liberalen Lager spielen, die Wanderschaft von einer Partei zur anderen, vielleicht auch der konfessionelle Übertritt. Irritieren dürfte die

- 1 Zuletzt Thilo Ramm (Hrsg.), Eugen Schiffer. Ein nationalliberaler Jurist und Staatsmann 1860 – 1954, Baden-Baden 2006. Dort weitere Literatur.
- 2 Reichsfinanzminister 1919, Reichsjustizminister 1919/20 und 1921, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP 1919 und 1920/21, Präsident der Zentralverwaltung Justiz der sowjetischen Besatzungszone 1945-1948.
- 3 Vorarbeiten: Joachim Ramm, Eugen Schiffer und die Reform der deutschen Justiz, Neuwied-Darmstadt 1987; Hellmut Seier, Eugen Schiffer und die nationalliberale Partei. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Parlamentarisierung vom Jahrhundertausgang bis 1917. Habilitationsschrift (Ms.) Frankfurt/M. 1970. – Kurzbiographie: Hans-Henning Zabel, Eugen Schiffer, in: NDB 22, 2005, 749-751.
- 4 Hauptwerke: Die deutsche Justiz. Grundzüge einer durchgreifenden Reform, Berlin 1928, 2. Aufl. München 1949; Rudolf von Gneist. Ein Lebensbild, Berlin 1929; Sturm über Deutschland, Berlin 1932; Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951. – Bibliographie (nicht ganz vollständig): J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3), 223-231.
- 5 Nachlaß Schiffer, benutzt im Preußischen Geheimen Staatsarchiv Berlin, jetzt Bundesarchiv (zit.: NL Schiffer). – Ein kleiner Privatnachlaß (zit.: PrivN Schiffer) wurde benutzt mit Erlaubnis von Frau Marie Schiffer (Berlin) und Frau Käthe Lindenau (Berlin). – Briefe Schiffers an den Jenaer Strafrechtler Heinrich Gerland in dessen Nachlaß (zit.: PrivN Gerland) wurden benutzt mit Erlaubnis von Frau Eva Gerland (Mainz).

Doppeldeutigkeit mancher politischen Option, von der Rolle im Kapp-Putsch bis zu den Ostberliner Nachkriegsjahren. Das alles stieße die Forschung nicht ab, zöge sie vielmehr an, ja ließe Belebung erhoffen, wenn es ohne großen Aufwand auszuloten wäre, wenn sich in Nachlässen oder autobiographischen Schriften hinreichend Handhaben böten, die zur Motivabtastung verlockten. Das aber ist nicht oder nur in Grenzen der Fall. Das politisch-literarische Werk ist unübersichtlich und zerstreut. Das öffentlich Archivierte hat durch Lebensschicksal und Kriegsverlauf Einbußen erlitten. Was an persönlichen Aufzeichnungen erhalten blieb, liegt zumeist in einer maschinenschriftlichen Fassung vor, die erst nach 1945 entstand<sup>6</sup>.

Desto mehr muß ein privates Notiz- und Tagebuch<sup>7</sup> interessieren, das den Krieg im Original überstand, nicht zur Publikation bestimmt war und über Schiffers Gedankenbildung in einer geschichtlichen Situation von höchster Dramatik Aufschluß gibt. Es handelt sich um ein schwarzes Wachstumheft mit alphabetischer Registratur, wohl eher gedacht als Adreßbuch oder Telefonkalender, aber mit gut beschreibbarem (man sagte »friedensmäßigem«) Papier und vermutlich deshalb zur Zeitbeobachtung umfunktioniert. Der Inhalt besteht aus 151 beschrifteten und einigen ungenutzten Seiten, alle unpaginiert, dafür durch Datierungen eingeteilt und voneinander abhebbar. Der größte Teil stammt aus den Jahren 1941 (93 S.) und 1942 (45 S.), nur ein kleiner Rest (13 S.) aus der letzten Kriegsphase (1943/44) und der Nachkriegszeit (1950/52). Die meisten Eintragungen weisen Schiffers Altershandschrift auf, eine schwer zu entziffernde Sütterlinschrift. Nur wenige Seiten aus verschiedener Zeit, insgesamt sechzehn, stammen von einer anderen Hand. Sie fügen sich jedoch nahtlos in den jeweiligen Zusammenhang, sind also wahrscheinlich diktirt.

Ziel der Eintragungen war die Zeitspiegelung, nicht das private Ereignisprotokoll. Man erfährt nichts über das persönliche Ergehen, nichts über Besucher, Verwandte oder Menschen des täglichen Umgangs, so wenig wie über häusliche Vorkommnisse oder Beeinträchtigungen. Nicht einmal der Aufenthaltsort wurde vermerkt. Deutlich wird nur, daß sich der Chronist in Berlin befand, wohl noch in einer eigenen Wohnung (ab Herbst 1941 Mommsenstraße 52), und daß er von Büchern, Notizen und Zeitungen umgeben war. Darauf griff er zurück, wenn er das Kriegsgeschehen verfolgte und seine täglichen oder wöchentlichen Eindrücke mit seinem Welt- und Geschichtsbild verglich.

6 NL Schiffer, Bd. 1-5. Unsystematisch zusammengestellt, teilweise überarbeitet, vielfach undatiert, oft aber fußend auf älteren Unterlagen. Quellenwert nicht immer eindeutig.

7 PrivN Schiffer (künftig zit.: Tgb mit Datum). – Das unbetitelte Heft enthält auf der Innenseite des Deckblatts als Bleistiftnotiz Schiffers das Wort »Stromata«. So hatte ein Hauptwerk des Kirchenvaters Clemens von Alexandria (ca. 150-215) geheißt, das vermischte und zerstreute Darlegungen philosophisch-theologischen Inhalts »teppichartig« verknüpfte. Die indirekte Bezugnahme dürfte andeuten, daß Schiffer das Diarium zugleich als Notizbuch betrachtete.

Doch seine Neigung erschöpfte sich nicht im politisch-historischen Kommentar. Er knüpfte auch an heitere Lesefrüchte an, dachte nach über Kunst, Religion, Philosophie, Jurisprudenz. Besonders liebte er Anekdoten, Scherze, Wortspiele und paradoxe Aphorismen, notierte sie zur Verwendung im Gespräch oder bei der Schriftstellerei. Denn er war ein Causeur – wie Fontane, um diese Zeit sein Lieblingsautor<sup>8</sup>.

Doch ein Causeur eigentümlicher Art. Denn er war keineswegs ganz »frei«, als er sein Diarium füllte. Es ist vielmehr ein Problem, in welchem Grade es ihm möglich war oder tunlich schien, sich offen auszudrücken. Das hing mit seiner zwiespältigen Situation nach 1933 zusammen. An sich war er trotz seiner Herkunft als Jude und ungeachtet seines liberalen Engagements zunächst glimpflich davon gekommen. Man hatte ihm zwar seine Beamtenpension gekürzt, später auch eine Vermögensabgabe erzwungen, ihm schließlich den Zwangsvornamen »Israel« verabfolgt und den Judenstern angeheftet. Aber in den damit markierten Grenzen hatte er nahezu unbehelligt weitergelebt, sogar noch im Kriege. Er empfand seine relative Privilegiertheit selbst, ironisierte sie zuweilen. »Ich komme mir vor wie der Gefangene im Vatikan, Kondolenzbesuche und Opferspenden empfangend«, notierte er im September 1941<sup>9</sup>. Auch danach hatte er noch Besuch. Selbst als er Anfang 1943 genötigt wurde, sein privates Zuhause zu räumen, fand er Zuflucht in Asylen, zuletzt dem Jüdischen Krankenhaus im Berliner Norden, durfte sich also, verglichen mit der Masse seiner Leidensgenossen, erneut als vergleichsweise bevorzugt ansehen. Von alledem läßt uns das Tagebuch indes nichts wissen. Inwieweit das dem Papier Anvertraute unausgesprochen davon mitgeprägt war, ist nicht exakt zu ergründen, muß jedoch stets mitbedacht werden.

Das schmale Wachstuchheft, so wie es vorliegt, gibt sich harmlos. Es ist eine Fundgrube für jedweden Geschmack, präsentiert eine bunte Mischung aus Poesie, Feuilleton, Politik und Weltgeschichte. Auf die Pfennigmünze kalauernden Witzes oder matter Geistreichelei folgt oft das schwere Gold gewonnener Einsicht, durchschauter Zusammenhänge oder kritischer Lebensbilanz.

8 Zehn Zitate aus »Schach von Wuthenow« oder Briefen allein ab Oktober 1942. Häufiger zitiert sind neben Bismarck, Goethe, Napoleon, Hegel und Lassalle auch zeitgenössische Autoren, unter anderem Shaw, Ibsen, Nietzsche, Anatole France, Hans Delbrück, Friedrich Meinecke und Hans von Seeckt.

9 Tgb 19. 9. 1941. – Als Besucher herausgehoben genannt in Briefen an Gerland in bezug auf die Kriegs- und Vorkriegszeit wurden einerseits frühere Minister bzw. Staatssekretäre (wie Gefßler, Hamm, Noske, Scheüch, Zimmermann), andererseits Gelehrte, Diplomaten und hohe Beamte (wie Fleischmann, Kuenzer, Lancken, Meinecke, Metz, Sänger, Seeberg). Zur ehemaligen DDP-Prominenz bestanden offenbar kaum Beziehungen, außer der zu Otto Fischbeck, mit dem sich Schiffer bis 1939 regelmäßig zum »Montagsfrühstück« traf (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 16. 6. 1939 und 31. 10. 1940). – Zum Hintergrund ferner J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 171 f.; Dietrich Goldschmidt, Erinnerungen an das Leben von Eugen und Marie Schiffer nach dem 30. Januar 1933, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart 1991, 117-146. Zusammenfassend Thilo Ramm, Jurist und Politiker, in: ders. (Hrsg), Schiffer (wie Anm. 1) 131-204, hier 181.

Wollen wir uns dieser Quelle nähern, ohne uns in ihre Vielfalt zu verlieren, bedarf es dazu einer Fragestellung, die Wesentliches hervorhebt und Beiläufiges übergeht. Wesentlich erscheint uns, was den Liberalen, den Reformern, den Weltkenner, den früheren Juden charakterisiert, beiläufig seine Art und Weise, sich bei Laune und Stimmung zu halten – trotz oder wegen des ihn bedrohenden, ihm noch unbekannten Schicksals, dem er nicht ganz ohne Vorahnung, aber gelassen entgegensah.

Erfragt werden soll dreierlei: 1. wie Schiffer vor und nach dem Angriff auf Rußland die Kriegs- und Weltlage sah und was er von der Zukunft erwartete; 2. wie sein Geschichtsbild darauf reagierte und ob seine Weltanschauung sich änderte; 3. wie sich das Zeitgeschehen in seiner Eigenbewertung spiegelte und ihm Anlaß gab, über sich selbst, seinen Charakter, seine Gaben, Leistungen und früheren Reformanstöße nachzudenken. Wir verfahren derart, daß wir anhand dieser Fragen die Reflexionsentwicklung durchgehen, ohne ihr streng chronologisch zu folgen – was ja nicht ausschließt, daß Einstellungsänderungen aus aktuellem Anlaß zur Geltung kommen. Das gilt besonders für den Nachvollzug des Kriegsverlaufs (I), während die Rekonstruktion des Welt- und Geschichtsbilds (II) und die Bilanz der Selbstbetrachtung (III) weniger eng am Wandel der Kriegsaussichten anzuhaften brauchen. Ein kurzes Fazit (IV) mustert den Ertrag.

## I

Der Tagebuchschreiber begann seine Aufzeichnungen am 2. April 1941. Wenige Tage also vor dem Beginn des Balkanfeldzugs, der dem Angriff im Osten vorausging. Mit diesen Operationen endete aus deutscher Sicht die relative Ruhelage, die der Eroberung Frankreichs und der Beneluxländer im Frühsommer 1940 gefolgt war. Das Ausbleiben der erhofften und im Juni fast europaweit erwarteten Niederlage Großbritanniens<sup>10</sup> war in Deutschland bestenfalls unterschwellig registriert worden; auch das Scheitern der strategischen Luftoffensive gegen England, die Preisgabe des Landungsplans und die Kette der italienischen Mißerfolge im östlichen Mittelmeerraum hatte man nicht in ihrer vollen Tragweite wahrgenommen. Erst das unvermutete Hervortreten neuer Kriegsschauplätze öffnete die Augen.

So auch im Falle Schiffers. Dieser allerdings, zurückgezogen lebend, aber nicht ganz ohne Hintergrundwissen<sup>11</sup>, hatte sich durch die Niederwerfung

10 Zur Kriegslage nach der Kapitulation Frankreichs Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941*, 3. Aufl. Bonn 1993, 65 ff.

11 Vgl. etwa unten Anm. 15, 19, 20, 22, 26. – Konkrete Angaben fehlen. Schiffer hatte Kontakte zur alten Ministerialbürokratie und war befreundet mit Friedrich Meinecke, der zu Oppositionellen der Berliner Mittwochsgesellschaft (Beck, Popitz, v. Hassell) Fühlung

Frankreichs und die Ausdehnung der deutschen Herrschaft auf dem Kontinent nicht lange täuschen lassen. Er ging davon aus, daß der Stand der Waffentechnik, besonders dank der »Panzerwagen und Flugzeuge«, mehr als früher den Angreifer begünstige<sup>12</sup>, blickte aber stets über das rein Militärische hinaus. Sein Urteil über den Krieg war wohl von Anfang an skeptisch. Es bewahrte Distanz, sah Spiel und Gegenspiel, dachte unideologisch, ohne monokausale Zuspitzung. Dennoch wurde sich selbst Schiffer erst durch die Eröffnung des Balkankriegs über die wirkliche Weltlage klar.

Er bezweifelte den strategischen Sinn der Kriegsausweitung. »Kann jemand«, fragte er sich, »der es nicht weiter als bis zum Gefreiten im Weltkrieg gebracht hat, Feldherr werden?« Als auf dem Olymp die deutsche Reichskriegsflagge wehte, ironisierte er die Nachricht. Nun werde bald eine Zahnradbahn zum Gipfel führen, dort eine Gaststätte mit Aussichtsterrasse stehen, daneben eine Freilichtbühne, auf der »Stücke aus der nordischen Götter- und Heldensage« aufgeführt würden, Ziel von »Gemeinschaftsreisen KdF«<sup>13</sup>. Wieder ein paar Tage später wurde die Stimmung ernst. Als Zitat verkleidet, schlich Kritik sich ein (»Wenn Deutschland Glück haben soll, hat es keine Erfolge mehr«), und in indirekter Wendung wurde das Reich mit einem »harpunierten Walfisch« verglichen, der durch die Wogen jagt und mit dem »Schlag seines Schwanzes« Schiffe zertrümmert, aber nichts mehr ausrichten kann. »Das Schicksal des Wals ist besiegt«<sup>14</sup>.

Erstmals im Klartext wurde am 27. April die Situation analysiert. Die fünfzeilige Eintragung, deren Schluß durchstrichen ist, lautet: »Drei Fälle. 1. Wenn wir siegen, folgt sehr bald der Revanchekrieg der Welt gegen uns und die Revolution im Innern. Schlußergebnis ist Untergang; 2. Wenn wir unterliegen, weil wir nicht mehr können, folgt unter Hinterlassung eines Leichen- und Trümmerfeldes die außenpolitische Entrechtung und kommunistische Revolution, die in dem geschlagenen Heer keinen Widerstand mehr fände.

hielt. In der fraglichen Zeit war der Kontakt allerdings nicht eng. Im Herbst 1943 wußte Meinecke nicht, ob man Schiffer »auch nach Theresienstadt verschleppt und der SS überlassen hat« (Friedrich Meinecke, Autobiographische Schriften. Hrsg. v. Eberhard Kessel, Werke VIII, Stuttgart 1969, 243). Durch den Staatsrechtler Hans Peters erfuhr Schiffer vom Kreisauer Kreis (pers. Mitteilung vom 16. 3. 1965). Verbindung zum Solf-Kreis bestand durch den früheren Legationsrat Richard Kuenzer (s. o. Anm. 9). Auf Kontakte zur Militäropposition deutet ein Gespräch mit Kurt v. Hammerstein-Equord im September 1939 hin, vgl. Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 248 f.

12 Tgb 9. 4. 1941. – Nach dem Sieg über Frankreich befürchtete Schiffer einen »Siegerrausch« wie 1919 beim Versailler Frieden. »Darf man hoffen, daß die Männer und die Völker etwas aus dem gelernt haben, was sie schaudernd erfahren mußten? Darf man?« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 26. 11. 1940).

13 Tgb 11. 4. 1941 und 21. 4. 1941. – »Kraft durch Freude« (KdF), Tourismusorganisation der NSDAP, war in Arbeiterkreisen nicht unpopulär, vgl. Ian Kershaw, »Widerstand ohne Volk«, in: Jürgen Schmädke / Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 2. Aufl. München 1986, 779-812, hier 788.

14 Tgb 25. 4. 1941.

Schlußergebnis ist Untergang; 3. Wenn wir uns vorher streiten, ist ein schlechter, aber nicht vernichtender Friede und die Hintanhaltung einer kommunistischen Revolution durch das noch nicht geschlagene Heer möglich. Aber ob die Feinde darauf eingehen? Indes verbliebe immer noch der Vorteil im Innern«. Daran schließt sich die gestrichene Passage. Soweit zu entziffern, besagt sie: »Fall 3 würde erleichtert, wenn es zum Umbruch und durch Beseitigung der Regierung (Revanche für Tuchatschewski) zu einem wirklichen Bündnis mit Rußland käme, das uns dessen wirtschaftliche Exploitation gestattete, aber freilich die Gefahr des Übergreifens des Bolschewismus mit sich brächte. In allen Fällen ist der Umschwung in der Revolution früher oder später sicher«<sup>15</sup>.

Bemerkenswert daran sind die Grundannahmen: Offenheit der Zukunft, keine Aussicht auf Endsieg, Chancen durch Zusammengehen mit Rußland, dann aber Bolschewismusgefahr. Der erwartete Umschwung »früher oder später« wurde ambivalent konnotiert. Mit einem Angriff auf Rußland rechnete der Deuter offenbar nicht<sup>16</sup>, eher mit »Streit«, also Widerstand, im Innern. Bei alledem schimmerte eine Einstellung durch, die Schiffer seit 1918 vertrat. Er fürchtete die »kommunistische« Revolution, stellte sich jedoch auf die Notwendigkeit pragmatischer Anpassungen ein. Auch war er seit 1922 ein Verfechter der Rathenauschen Rapallo-Politik gewesen. Er hatte sich davon Vorteile für die deutsche Revisionsstrategie versprochen<sup>17</sup>.

In den letzten Wochen vor dem Beginn des Rußlandfeldzugs wiederholte der Beobachter seine Haupteinsichten noch mehrfach. »Der Krieg wird mehr und mehr ein internationaler Kreuzzug gegen Deutschland«, befand er am 2. Mai, und vier Wochen später: »Siegen wird nicht, wer den Anderen schlägt, sondern wer, wenn auch noch so geschwächt, übrig bleibt«. Die letzte definitive Äußerung vor dem Angriff im Osten erfolgte am 15. Juni. Sie ist auch deshalb von Belang, weil sie in eine Einschätzung der Mehrheitsmeinung mündete: »Unter allen Unsicherheiten der Lage scheint mir zweierlei sicher zu sein. Daß weder Amerika noch Rußland einen restlosen Sieg Deutschlands zugeben können und werden; und da dieser Krieg nur mit einem restlosen Sieg der einen oder der anderen Seite enden kann, liegt seine Aussichtslosigkeit für Deutschland klar zutage – allerdings nur für den, der den Mut hat, die Sachen

15 Tgb. 27. 4. 1941. – Michail Nikolajewitsch Tuchatschewskij (1893-1937), Marschall der Sowjetunion, war im Zuge der politischen Säuberungen unter Stalin hingerichtet worden. Man vermutete eine Intrige unter Beteiligung der deutschen Abwehr.

16 Anders als etwa v. Hassell, der seit August 1940 von der Angriffsplanung wußte (Ulrich v. Hassell, *Vom anderen Deutschland*. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich 1946, 159).

17 Dazu zuletzt Hellmut Seier, Dauer und Wandel im politischen Verhalten Eugen Schiffers 1889-1922, in: T. Ramm (Hrsg.), *Schiffer (wie Anm. 1) 45-94*, hier 89 f. – Noch 1937 hatte Schiffer in interessierten Kreisen als Anlageberater bezüglich altrussischer Wertpapiere fungiert (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 20. 1. 1937, 23. 2. 1937 und 26. 6. 1937).

bis zu Ende durchzudenken. Er ist nicht sehr verbreitet. Den Meisten dämmert es, aber sie verstecken ihre Besorgnis hinter Halbheiten«<sup>18</sup>. Am Vorabend der Offensive hieß es dann lapidar: »Also Krieg mit Rußland! Morgen?! Längster Tag. Es geht bergab«<sup>19</sup>.

Bergab ging es in der Tat. Aber wie, warum und mit welchen Folgen – das lag nicht auf der Hand, zumal das täuschende Vierteljahr, das sich anschloß, den Deutschen einen Scheinerfolg nach dem anderen brachte. Sich schlüssig zu werden über die wahren Hintergründe und die zu erwartenden Konsequenzen hielt der grübelnde Betrachter sich desto energischer an. Klar war ihm, daß sich die Weltkonstellation grundlegend verändert hatte: »Wir wollten keinen Krieg gegen England, sondern mit England gegen Rußland. Dann bekamen wir den Krieg gegen England, aber mit Rußland als Helfer. Jetzt haben wir den Krieg gegen England, Rußland und Amerika. O Ribbentrop!«<sup>20</sup> Der Stoßseufzer richtete sich gegen den schwachen Außenminister, nicht gegen den »Führer«, wie denn die Lagebeschreibung dem traditionellen Mächteschema folgte und noch nicht so klang, als sei der Charakter des Ostangriffs als eines »rassenideologischen Vernichtungskrieges« (Hillgruber<sup>21</sup>) vorausblickend erwartet worden oder dieser Sachverhalt seiner Bedeutung nach bereits voll- auf ins Bewußtsein gedrungen.

Ebenso wenig erwuchs eine Denkschwelle aus der überfallartigen Angriffseröffnung. Sie wurde zu einem bloßen »Prävenire« heruntergestuft, und unter dem Eindruck des rasanten Vormarschs stellte sich der vermutete deutsche Kriegsplan, wie er seit 1939 verwirklicht werde – also erst »Rußland ausschalten«, dann »Frankreich erledigen«, dann »Rußland schlagen«, um zuletzt im »Einfrontenkrieg« sich gegen England zu wenden – als gar nicht so unvernünftig (»gut ausgedacht und ausgeführt«) dar. Aber selbst im euphorischen Juli ließ sich die Schlüsselfrage nicht verdrängen: »Wenn wir die Russen ge- und zerschlagen haben – was dann?«<sup>22</sup>

Als der Herbst nahte, sah abermals alles anders aus. Bereits im August schimmerte, geschickt maskiert, vermehrte Skepsis durch. »Wenn der Führer unablässig vorwärts drängt, handelt er aus richtigem Empfinden« – nämlich wie ein Autofahrer, der Anlauf nehme vor einem steilen Berg, wohl wissend, daß Stillstand zum Rutschen führen würde, und zwar »unaufhaltsam in wildem Tempo«. Ende September gab es solche Doppeldeutigkeiten nicht mehr. »Wir

18 Tgb 2.5. 1941, 29. 5. 1941 und 15. 6. 1941. – Zum Ausmaß von Dissens bei »grundsätzlicher Übereinstimmung« Kershaw, Widerstand (wie Anm. 13) 793.

19 Tgb 21. 6. 1941.

20 Tgb 22. 6. 1941. – Ribbentrops »Kontinentalkriegskonzept« (mit Rußland gegen England und USA), auf das sich Schiffer hier bezieht, hatte sich nicht durchgesetzt. Amerika unterstützte England, vermied aber bis zur deutschen Kriegserklärung vom Dezember 1941 die förmliche Kriegsteilnahme.

21 Hillgruber, Strategie (wie Anm. 10) 575.

22 Tgb 23. 6. 1941, 1. 7. 1941 und 11. 7. 1941.

sind bereits in der Defensive. Der russische Feldzug ist ein Ausfallgefecht aus einer belagerten Festung«. Und Mitte Oktober stand auch das Fazit fest: »Deutschland hat weder den Weltkrieg noch den jetzigen gewollt. Aber es hat beide Kriege durch seine Politik verursacht und ungewinnbar gemacht«<sup>23</sup>. Von da an trat die Beobachtung des Kriegsgeschehens zurück. Ein halbes Jahr später traute der Chronist dem Heer kaum noch eine neue Offensive zu, was den Tatsachen allerdings vorgriff. Und zum Jahresende 1942 wurde die Sprache apokalyptisch: »Sieg oder Niederlage – Sieg oder Tod. Das unterscheidet diesen Krieg von anderen und früheren«<sup>24</sup>.

Stattdessen rückte die Zukunftsfrage nach vorn. Was werde aus alledem folgen, worin das Ergebnis des Krieges bestehen? Der Betrachter im stillen Kämmerlein erörterte das Problem mit wachsendem Ernst, nicht immer mit gleichem Akzent, stets aber bemüht um eine rational zu begründende und nicht von Wunschdenken gefärbte Lösung. Dazu bediente er sich einer doppelten Unterscheidung: zwischen Gewolltem und Ungewolltem und zwischen Folgen für Deutschland und solchen für die Welt. So oder so, die Fragestellung nötigte zum Nachsinnen über das NS-System, und es charakterisiert den Schreibenden und sein Tagebuch, daß er den Versuch einer Antwort nicht auf die leichte Schulter nahm.

Ein Mann seiner Herkunft und seines Schicksals konnte dem Nationalsozialismus nur ablehnend gegenüber stehen. Belege dafür gibt es reichlich, schon seit den 20er Jahren. Auch jetzt, im privaten Diarium von 1941/42, finden sich lebensgefährliche Deutlichkeiten in großer Zahl, manchmal durchsichtig maskiert, manchmal ungeschützt. »Das Letzte, Tiefste, Treibende im Nationalsozialismus ist ein totalitärer Nationalismus«, heißt es am 6. August 1941. Er ordne sich alles unter: Religion, Moral, Wissenschaft, Kunst, negiere das Eigenrecht der Persönlichkeit, benutze Sozialismus und Wirtschaft nur als Hilfsmittel und vergrößere sich zusehends zum wirksamsten aller Propagandamittel, zum »Rassenantisemitismus in wissenschaftlichem Gewand«<sup>25</sup>. Noch schärfer klingt eine wenig ältere Formulierung, diesmal ohne direkten NS-Bezug und unter der Tarnkappe eines Zitats: »Niemand zeigt sich die Natur des Menschen bestialischer, als wenn sie zu Ehren der höchsten Idee ins Wüten gerät«. Auf derselben Linie liegt eine Bemerkung vom 17. August: »Sehr schlimm ist, wenn Bestialität bürokratisiert wird. Dann verliert sie für die sie Exekutierenden ihre Schrecklichkeit«. Und vollends drastisch im letzten Teil des Diariums: »Wer erst einmal den Rubikon der Menschlichkeit

23 Tgb 5. 8. 1941, 25. 8. 1941 und 18. 10. 1941. Zum Stimmungsumschlag Anfang August 1941 vgl. v. Hassell, Vom anderen Deutschland (wie Anm. 16) 214 (»tiefer Barometerstand«, 2. 8. 1941).

24 Tgb 2. 3. 1942 und 11. 12. 1942. – Die deutsche Sommeroffensive hatte noch Stalingrad und den Kaukasus erreicht, war ab August 1942 aber zum Stehen gekommen.

25 Tgb 6. 8. 1941. – In Schiffers NS-Analyse von 1932 hatte noch die Sozialismus-Komponente dominiert, vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 56 f.



überschritten hat, wird entmenscht«. Er habe »keine Gewissensskrupel« mehr. Zuletzt zitiert der Goetheleser ohne Kommentar die »Braut aus Korinth«: »Menschenopfer unerhört«<sup>26</sup>.

Das spricht für sich, bedarf keiner Auslegung. Undenkbar, daß ein solches System einen verlorenen Krieg überlebe. Aber was stattdessen? Die Klarsicht der Kriegsausgangserwartung entband nicht von der Antwort darauf, worin die geschichtliche Funktion des NS-Systems, gleichsam im Vorgriff auf späteren Rückblick betrachtet, bestanden haben könne und wie die Welt nach seinem Abgang in etwa aussehen möge. Auch dazu liefert das Wachstuchheft eine Reihe von Anhaltspunkten.

So kommentierte eine Notiz das Schillerwort vom Fluch der bösen Tat, die fortzeugend Böses gebäre. Das stimme nur bedingt, meinte der Interpret, denn oft gehe aus Bösem auch Gutes hervor, so wie aus einer Cholera-Epidemie verbesserte Hygiene. »Auch aus diesem Krieg kann Gutes erwachsen«. Ähnlich der Hintersinn bei einem Wort, das den Nationalsozialismus mit einer »Pflugschar« verglich, die »neuer Aussaat vorangeht«. Jedenfalls bringe er, mit dem Faschismus Italiens zusammen, eine »Weltenwende« hervor. »Das Alte wird in keinem Falle bleiben oder wiederkehren, wenn (es) auch siegen mag«<sup>27</sup>.

Sonderbar konkret wurde eine Eintragung vom 1. Juli 1941. Hier gab sich der Interpret als relativierender Hegelianer. In einer Stichwortschizze musterte er dialektisch das Terrain, das sich der »List der Vernunft« oder dem »lieben Gott« gewissermaßen als Operationsfeld anbot, wenn sie aus Schlechtem Gutes werden lassen wollten, und stellte seine Einfälle in einem improvisierten Elf-Punkte-Katalog zusammen. Die bemerkenswerte Skizze lautet:

»Hegels »List der Vernunft (oder der Geschichte)« scheint mir wieder einmal zu triumphieren. Der Nationalsozialismus führt uns vielleicht auf einem beschwerlichen Umwege ein gutes Stück auf dem Wege zum Fortschritt vorwärts, zerstört vorübergehend Gutes und räumt dabei für immer Schlechtes aus dem Wege. Eindämmung des nationalen und internationalen Kapitalismus – Pendelschlag der Demokratie auf ein der Kulturstufe entsprechendes Maß – Einengung des Klassenkampfes – Förderung der Autarkie – Behebung der Arbeitslosigkeit – Entstädtlichung durch Bindung – Verwendung der Ersatzstoffe – Entlastung der nationalen Probleme durch Aus- und Umsiedlung – Vorbereitung der vereinigten Staaten, zunächst in Mitteleuropa – Herabbildung von England zur Ehrenvormachtstellung des empire-angelsächsischen

26 Tgb 26. 7. 1941, 17. 8. 1941, 6. 12. 1942 und 8. 9. 1943. – Konkrete Informationen bei alledem wahrscheinlich, aber nicht nachzuweisen. Die Brutalisierung des Ostkriegs wurde durch Soldatenberichte bekannt. Wie im bürgerlichen Berlin ab Herbst 1941 Gerüchte über Euthanasie und Deportationen in Umlauf kamen, geht aus dem Tagebuch des »jüdisch versippten« Schriftstellers Jochen Klepper (Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1955, hier 970) hervor.

27 Tgb 11. 1. 1942 (zu Piccolomini 5/7) und 4. 6. 1942.

Großraums – Zerschlagung des Bolschewismus – Übergang Deutschlands zum dezentralisierten Einheitsstaat u.s.w.«. Damit brach das Sammelsurium ab, um gleich darauf halbwegs optimistisch auszuklingen. »Wenn England vernünftig ist und aus Versailles gelernt hat – wenn! –, kann neues, reiferes, besseres, schöneres Leben aus den Ruinen sprießen. Vielleicht gilt »Der Zweck heiligt die Mittel« auch für den lieben Gott»<sup>28</sup>.

So disparat diese Zusammenstellung war, sie setzt in Erstaunen. Denn die tarnende, halb hegelianische, halb religiöse Einkleidung verschleierte die Kühnheit des Gedankengangs nur schwach. Kombinierte er doch Einzelzüge, die der Zweiundachtzigjährige auf der Höhe der deutschen Kriegserfolge mit geringer Einschränkung als erstrebenswert gelten ließ, gleichsam als mögliche Bausteine einer ambivalenten Art von »Fortschritt«, der, obgleich »vorübergehend« Gutes zerstörend, insgesamt vorwärts wies. Rückblickend verwirrt, wieviel wenn nicht intendierte, so doch indirekt oder funktional wirkende Innovationskraft dem NS-Phänomen hier zugetraut wurde<sup>29</sup>.

Das meiste betraf Innenpolitisches. Es deutete zugleich an, in welcher Richtung sich die Zukunftsspekulation des früheren Nationalliberalen bewegte, wenn er sich mitten in einem nicht zu gewinnenden Krieg eine gedeihliche Weiterentwicklung der Gesellschaft erträumte. Dazu sollte es der Eindämmung von Kapitalismus, Demokratie und Klassenkampf bedürfen, sollten Autarkie, Vollbeschäftigung, »Entstädtlichung« und Ersatzstoffnutzung gefördert werden, sollte es obendrein zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen. Alles Motive, die spätestens seit den 1920er Jahren im bürgerlichen Lager Wurzeln geschlagen hatten. Der Nachdenkende sah darin Modernisierungspotentiale. Mit der antiurbanen Zivilisationskritik und dem »Pendelschlag« auf ein der »Kulturstufe« entsprechendes Maß bediente er sich populärer Motive des Kulturpessimismus und der Zyklentheorie. Anderes klingt an Gedanken im »Sturm über Deutschland« oder spätere Akzentsetzungen Meineckes<sup>30</sup> an.

Ähnlich, nur noch komplizierter, verhielt es sich mit dem, was das Elf-Punkte-Notat an Aussagen zur National- und Außenpolitik enthielt. Denn auch Zielvorstellungen wie die Großraumbildung, die Zerschlagung des Bolschewismus oder die nationale »Entlastung« durch Aus- und Umsiedlung

28 Tgb 1. 7. 1941.

29 Zur Problematik allgemein Michael Prinz / Reiner Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; dezidiert ablehnend dagegen Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt 1990, 31-46.

30 Im Kapitel »Vom positiven Gehalte des Hitlerismus« der »deutschen Katastrophe«, vgl. Meinecke, Autobiographische Schriften (wie Anm. 11) 395-401; zur Zivilisationskritik mit Anklängen an Spengler vgl. Detlef Felken, Oswald Spengler. München 1988, 58 ff.; zu Schiffers Sozial- und Kulturkritik vor 1933 vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4), 14 ff., 37 ff., 62 ff., passim.

lagen damals in der Luft. Mit den »vereinigten Staaten, zunächst in Mitteleuropa« und der »Herabbildung von England zur Ehrenvormachtstellung« griff die Skizze überdies auf Kriegszieldebatten von 1915/16 zurück. Andererseits fällt auf, daß der kriegsbezogene Zukunftsblick die Rolle Amerikas nicht stärker heraus hob, die erwartbare internationale Machtverteilung nicht näher beschrieb und den Völkerbund an dieser Stelle ganz übergings<sup>31</sup>. Die Figurierung des mutmaßlichen Neuanfangs nach dem Kriege reichte, so will es scheinen, noch nicht allzu weit über den Tageshorizont hinaus. Dafür wirkte das Versailles-Trauma weiter. Wir werden allerdings sehen, daß das Tagebuch an anderen Stellen – ohne direkten Kriegsbezug, prinzipieller gemeint und auf die Vergewisserung bestimmter Grundansichten aus – in solcher Hinsicht mitteilbarer war<sup>32</sup>.

Fassen wir zusammen, wie Schiffer in seinen heimlichen Aufzeichnungen den Kriegsverlauf kommentierte und dessen mutmaßliche Folgen umschrieb, so ist fünferlei festzuhalten: 1. Der Beobachter war gut unterrichtet, hatte Hintergrundkenntnisse, stand dem Geschehen kritisch gegenüber und gab seiner (manchmal durchsichtig maskierten) Meinung erstaunlich sorglos Raum; 2. Er durchschaute die Aussichtslosigkeit des Krieges und bezog die zu erwartenden Auswirkungen unbemäntelt mit ein; 3. Sein Kriegserleben blieb traditionsbestimmt, insofern er den Krieg vor allem als Konflikt zwischen Großmächten ansah, ihn also in Analogie zum Ersten Weltkrieg deutete; 4. Das Geschehen wurde nicht monokausal aus Absichten Hitlers hergeleitet, auch nicht allein aus NS-Ideologie oder Theorie-Axiomen. Vom Hitlerschen »Programm« (Hillgruber) oder dem Sternengriff nach der Weltherrschaft ist nicht die Rede. Soziale Gegensätze, Wirtschaftsfragen, Strukturprobleme interessierten mit Blick auf den Krieg nur marginal; 5. Schiffer hielt beide Weltkriege für deutscherseits ungewollt, aber durch Deutschland herbeigeführt. Er glaubte, Zeitgenosse einer »Weltenwende« zu sein, erwartete den Sieg des »Alten«, aber nicht dessen Wiederkehr. Um dies zu verstehen, ist das Welt- und Geschichtsbild hinzuzunehmen, wie es sich bis zur Kriegsmitte entwickelt hatte. Auch hierzu liefert uns das Tagebuch reizvolle Gesichtspunkte und Handhaben.

## II

Die älteste Eintragung verglich zwei menschliche Eigenschaften, die Dummheit und die Grausamkeit. Davon, so der Schreiber, sei die Grausamkeit die

31 Zum Realismus-Defizit im Zukunftsbild auch des deutschen Widerstandes vgl. Bernd Martin, Das außenpolitische Versagen des Widerstandes 1943/44, in: Schmädke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 1037-1060.

32 Siehe dazu unten Anm. 64.

schlimmere. Das bezeuge die Weltgeschichte, und zwar »an allen Orten und zu allen Zeiten«, und die »Religion Christi« habe »wenig oder nichts« daran geändert. Nur eine Periode sei hiervon auszunehmen: die hundertjährige zwischen den »Freiheitskriegen« und dem Weltkrieg. Denn diese Zeitspanne sei noch von der Aufklärung berührt gewesen, habe die Achtung vor der Persönlichkeit in die Welt gebracht, und wie man die Französische Revolution als 81. Band der achtzigbändigen Voltaire-Ausgabe bezeichnet habe, so könne man mit Fug und Recht das 19. Jahrhundert den 82. nennen. »Seitdem haben wir schaurige Rückfälle erlebt; aber eine Wahrheit, die einmal in die Welt gesetzt ist, geht niemals wieder verloren«<sup>33</sup>.

Dieses Credo, mit dem Schiffer seine Notate begann, enthielt im Kern seine Weltanschauung, sein Menschenbild und seine Auffassung vom Lauf der Geschichte. Seine Weltanschauung war geschichtlich fundiert, von gymnasialer Bildung geprägt und westeuropäisch zentriert. Sein Menschenbild schwankte zwischen idealistischen und pessimistischen Zügen, war weder jüdisch noch christlich, gab sich gern goethisch oder hegelianisch, schloß aber Fortschritt nicht aus. In seiner Geschichtsauffassung schließlich war er undogmatisch liberal, mehr Relativist oder Historist als Utopist oder Visionär. Von großen Programmen hielt er nichts, von ausweglosen Sachzwängen wenig. Vorbestimmte Ereignisreihen oder längerfristig voraussehbare Entwicklungen ließ er in der Regel nicht gelten. Er nahm den steten »Wandel aller Dinge« als »gegebene Tatsache« ernst, deutete das goethische »Stirb und werde« im Sinne von »Werde und stirb« und begründete den Satz mephistophelisch (»denn alles, was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht«)<sup>34</sup>. Blinder Idealismus sieht anders aus, aber Voltaire als ewige Wahrheit – das ist auch nicht wenig.

Die Grundlagen dieses Welt- und Geschichtsbilds verdankte der Kaufmannssohn dem Breslauer Elisabeth-Gymnasium. Es hatte ihm nicht allein die Kenntnis lateinischer und griechischer Schriftsteller vermittelt und damit jenen stets präsenten Zitatenschatz, den er lebenslang gern und manchmal ironisch (mit Spitze gegen Bülow) benutzte, sondern auch humanistisches Denken als Material und Form des Geistes. In einem der schwierigsten Augenblicke seiner politischen Laufbahn, am Morgen des Kapp-Putsches, ergriff er als erstes einen Notizblock und mahnte sich mit dem horazischen »Aequamemento rebus in arduis servare mentem« zu Geduld und Ruhe. Auch im Kriegstagebuch begegnet das Horaz-Zitat, hier mit Zusatz von fremder Hand:

33 Tgb 2. 4. 1941, differenzierter 30. 8. 1941. Zu Voltaire leicht abweichend Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 9.

34 Tgb 3. 5. 1941 (zu Faust I, Studierzimmerszene). – Auch brieflich bekannte sich Schiffer zur »Kunst des Relativismus«. »Er ist und bleibt nun einmal das Alpha und Omega des menschlichen Lebens überhaupt und der Politik im besonderen« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 27. 3. 1941).

»Sein Lebensmotiv«<sup>35</sup>. Und als der Ruheständler 1948 nach dem Abschied vom letzten Amt endlich Muße fand, künstlerischen Neigungen nachzugehen, lockte ihn kein Stoff so sehr wie die Odyssee<sup>36</sup>.

Nächst der Antike beschäftigte den Glaubenswechsler am meisten das Christentum. Die Frage nach dessen Wesen und Wirkung durchzog auch seine Kriegsgedanken. Doch das Urteil blieb verhalten. Es verkannte nicht die kulturellen und sozialen Verdienste der Kirche (der Gekreuzigte als »leidender Proletarier« setze den Maßstab), tat sich dagegen schwerer mit der Religion. Den heidnischen Polytheismus habe der jüdische Monotheismus verdrängt, der sich bei den Gebildeten zu einem philosophischen wandelte, wohingegen der christliche sich allmählich vergrößert habe und mit der Trinität samt Engeln, Dämonen, Märtyrern, Heiligen zu einer »handfesten Vielgötterei« zurückgekehrt sei. An der Bedeutung der Bibel, und zwar beider Teile, ließ der Rankeleser und Gesprächspartner Meineckes indes nicht rütteln. »Die germanisch-romanische Kultur der Neuzeit beruht auf der Bibel – altes und neues Testament – und (auf) der Antike«<sup>37</sup>. Kein Platz also für den Germanenmythos.

Ebensowenig wie für die Streichung Gottes aus der Geschichte. Der Gottesbegriff wird zwar an keiner Stelle des Kriegstagebuchs systematisch definiert, die Aphorismen umkreisen ihn aber beständig. Mal ist Gott der »deus absconditus« der Juden, mal die »unbekannte Größe in jeder politischen und geschichtlichen Gleichung«, mal das, »was übrig bleibt, wenn man alle Bestandteile der Welt zusammenzählt«. Das klingt nicht neutestamentlich, meinte es doch schwerlich den Retter, Vater und Erlöser, hatte aber eine metaphysisch-dualistische Tönung. Die Wortwahl vermied Anthropomorphismen, bevorzugte die Abstraktion, behalf sich halb ironisch aber auch mit dem »lieben Gott« als konturenloser Leerformel. Äußerte sich so der frühere Jude? Wohl eher der ethisch-agnostizistische Kulturprotestant. Im Herbst 1942 schob der Gefährdete alle Gottesbeweise beiseite und versuchte es mit Dialektik. »Angesichts manchen Geschehens könnte man sagen: Gott ist nicht weil, sondern trotzdem«<sup>38</sup>.

Überwiegend positiv gefärbt sind Bemerkungen über die Juden, auch über ihre Geschichte und die ihrer Emanzipation. Bis 1933 sei es ihnen in Deutschland »gut gegangen«. Sie hätten viel Anteil gehabt am allgemeinen Wachstum

35 Tgb 11. 5. 1941; vgl. Eugen Schiffer, Der Kapp-Putsch. Nach persönlichen Erinnerungen dargestellt. Unveröffentlichtes Ms., in: NL Schiffer Bd. 16, 1-179, hier 22.

36 PrivN, Novellenfragment »Das Tagebuch des Odysseus« (Ms., unveröffentlicht).

37 Tgb 12. 4. 1941 und 11. 11. 1942.

38 Tgb 23. 6. 1941, 25. 4. 1942, 10. 5. 1942 und 1. 9. 1942. – Zu zeitparallelen Gottesvorstellungen bei rassistisch bedrohten Berliner Protestanten vgl. Klepper, Unter dem Schatten (wie Anm. 26) 286, 484, 1039, passim; zum Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Gottesvorstellungen allgemein Rudolf Otto, Das Heilige (1917), Neudruck München 1987, 92-115.

des Wohlstands, und es müsse sich erst noch zeigen, »ob sie uns beim Wiederaufbau nicht sehr fehlen werden«<sup>39</sup>. An anderen Stellen schimmert gleichwohl Kritik durch, und zwar weniger an der preußisch-deutschen Judenpolitik vor 1918 als vielmehr an der der Weimarer Republik und am Verhalten der Betroffenen selbst. Es sieht so aus, als sei der Schreiber um einen Standpunkt gewissermaßen oberhalb der damit angedeuteten Gegensätze bemüht gewesen.

Das kommt besonders in einer Darlegung vom 25. September 1941 zum Ausdruck. An sich, heißt es darin, habe die »Assimilation der Juden, insbesondere durch Taufen und Mischehen, Fortschritte« gemacht. Sie habe aber auch »rassische Instinkte und überkommene Vorurteile« geweckt. »Die preußische Regierung«, so die Folgerung, »verfuhr daher grundsätzlich nicht falsch, wenn sie den Übergang zunächst nur allmählich und vorsichtig vollzog. Falsch dagegen verfuhr die Republik, als sie die Schleusen nach innen wie nach außen völlig öffnete, und noch falscher betrugen sich viele Juden, welche sich in Massen auf die frei gewordenen Betätigungsgebiete drängten, dabei nicht selten eine üble Vetternwirtschaft trieben und durch ihr lautes, vordringliches, auffallendes und herausforderndes Benehmen Widerspruch und Widerwillen, auch in ihren eigenen Reihen, erweckten. Es wäre vielleicht angebracht gewesen, wenn dieser Widerspruch von jüdischer Seite selbst lauter geworden wäre«<sup>40</sup>. Eine Meinung, in der sich Breslauer Jugendeindrücke<sup>41</sup> mit Erinnerungen an das liberale Berlin der ersten Nachkriegszeit berührt haben mögen und die andererseits zeigt, wie weit das Bemühen um objektivierende Geschichtssicht selbst in prekärster Lage zu gehen bereit war.

Das ist nicht so zu verstehen, als habe der Antisemitismus verharmlost werden sollen. Dessen Zurückweisung blieb sich immer gleich. Die Tonlage weckt indessen Zweifel, ob die letzten Konsequenzen der NS-Judenpolitik vor 1942 voll realisiert worden sind. Anspielungen auf Synagogenbrände kommen im Tagebuch vor, auch, wie wir sahen, allgemein gehaltene Sentenzen, meist als Zitate maskiert, die von schlimmsten Befürchtungen zeugen. Aber direkt angesprochen wurden in diesem Zusammenhang nur Phänomene der Massenpsychologie oder der Goebbels-Propaganda, nicht solche konkreter Politik. Der Tagebuchschreiber unterschied im übrigen zwischen Judengegnerschaft und Rassenantisemitismus. In ersterer erblickte er den »Ausdruck eines unberechtigten Minderwertigkeitsgefühles«, im letzteren ein Anzeichen dafür, daß

39 Tgb 17. 8. 1941.

40 Tgb 25. 9. 1941.

41 Belege bei Hellmut Seier, Nationalstaat und sozialer Ausgleich als schlesische Motive des Nationalliberalen Eugen Schiffer, in: Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 27, 1986, 185-222, hier 189, 198 ff.

sich das »Bedürfnis des Machtgefühls« nicht nur in Fürsten und Mächtigen rege, »sondern nicht zum geringsten Teil gerade in den niederen Schichten des Volkes«<sup>42</sup>. Auch legte er Wert auf die nichtdeutschen Wurzeln des Phänomens. Der Rassenantisemitismus sei seiner »wissenschaftlichen Aufmachung« nach französischen und englischen Ursprungs, während die »politische Ausgestaltung« aus Österreich stamme. Als Hauptzeugen dafür fungierten Gobineau, Chamberlain, Schönerer und Hitler<sup>43</sup>.

Aus alledem spricht wohlbedachte Vorsicht. Der Kritiker wußte seine Worte zu setzen und nahm sich in acht. Ist kalkulierter Selbstschutz als Tagebuchtaktik nirgendwo auszuschließen, so am wenigsten in diesem sensiblen Bereich. Deutlich wird aber immerhin, daß der darüber Nachdenkende die damals so genannte »Juden-Frage« als ein sozialgeschichtliches und damit gesamtulturell zu deutendes Realphänomen wahrnahm, nicht als reine Zweckideologie. In diesem Punkte teilte er wohl eher die Auffassungen des bürgerlich-konservativen Widerstands als die der Linksopposition oder der Emigration. Nicht nachzuweisen sind im Tagebuch allerdings Gedanken wie bei Goerdeler, der Aspekte einer dissimilatorischen Judenpolitik (Sonderstatus als Regelfall, Assimilation als Ausnahme) in seine Zukunftsziele übernahm<sup>44</sup>. Bei Schiffer hatte die Assimilation durch Taufe und Mischehe im Gegenteil den Rang einer Idealentwicklung. Ein Notat gewann nicht ohne Augenzwinkern sogar den angeblichen Zwangs- und Massentaufen seit dem späten Mittelalter (Spanien, Polen, Reichsstädte) etwas wie einen Lichtblick ab. Sei nicht ein großer Teil des spanischen Hochadels schon seit Jahrhunderten »jüdisch durchsetzt«?<sup>45</sup>

Was in der jüngeren Vergangenheit die Konvertiten zum Taufentschluß bewog, beschrieb eine Eintragung vom 6. Oktober 1942 so: »Der Übertritt von Juden zum Christentum bedeutete, soweit er von inneren Beweggründen veranlaßt war, zumeist nicht sowohl ein Bekenntnis zu einer anderen Religion als vielmehr zu einer anderen Nation – ein Niederreißen der letzten Schranke, die vom Deutschtum trennte. So wurde er auch von den Deutschen und Christen aufgefaßt. Der Vorgang ist nur ein Teil der Entwicklung des Gesamtproblems, in deren Verlauf die Juden nicht sowohl über ihr Mietsvolk herrschen als in ihm aufgehen wollten«. Hier liegt die Vermutung nicht fern, der dies Schreibende habe seinen eigenen Glaubenswechsel dabei im Auge gehabt. Auch bei ihm selbst war der Übertritt wohl zu nicht geringen Teilen als eine

42 Tgb 7. 4. 1941, 12. 5. 1941, 26. 7. 1941 und 15. 5. 1942 (Nietzschezitat), vgl. oben Anm. 26.

43 Tgb 2. 6. 1941.

44 Vgl. Christof Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: Schmädke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 598-616, hier 612.

45 Tgb 15. 1. 1941 – Zur tendenziellen Zunahme an Taufen und Mischehen in Deutschland seit 1871 vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1, 3. Aufl. München 1993, 396.

schlesisch nuancierte Hinwendung zum (liberalen) Deutschtum gemeint gewesen, was den nationalliberalen Beiklang miterklärt<sup>46</sup>.

Das führt uns zu der Frage, wie sich die selbsterlebte Zeitgeschichte in seinem Kriegsdarium malte und ob das dazu Bemerkte Rückschlüsse auf sein Selbstverständnis zulässt. Zunächst fällt auf, wie sehr die spätwilhelminische Vorkriegs- und Weltkriegsära das Rückerinnern fesselte, wieviel weniger die Weimarer Phase, die selten und meist abfällig erwähnt wird, wieviel schwächer aber auch die hochidealisierte Bismarckzeit, deren maßstabbildender Mythos feststand – nur dann und wann durch ein Fontane-Zitat<sup>47</sup> getrübt. Dieselbe Gewichtverteilung spiegelt sich in der Lektüreauswahl. Der zurückgezogen Lebende las viel in seinem inneren Exil, mit Vorliebe Memoiren von Leuten, die er gekannt hatte. Das gilt besonders für Bethmann Hollwegs Weltkriegs-Betrachtungen<sup>48</sup>, in einigem Abstand auch für autobiographisch Gefärbtes von hohen Militärs und Diplomaten (wie Ludendorff, Seeckt, Graf Monts und anderen).

Im Bethmann-Bild trat mehr als bei früherer Annäherung das Unpraktische, Machtfremde, gleichsam Blauäugige hervor: die hochtönende Verklärung der August-Situation von 1914, andererseits die Opferrolle des Stürzenden, der 1917 einem »Kesseltreiben« erlag, wie ein »Edelwild« einer »Meute«. Der durch die rückblickende Figuration der Szene von neuem Erboste, selbst Bethmannianer seit 1909 und im Krisenjahr des Weltkriegs so lange wie möglich auf Seiten des Kanzlers, vergegenwärtigte sich die Namen und Motive der damaligen Kanzlerfeinde. Neben Ludendorff, Stresemann, Erzberger seien »minderwertige und ganz obskure Elemente« darunter gewesen. Dahinter gestanden aber habe die »Großindustrie«, die den Förderer von Burgfrieden, Gewerkschaften und einer Wahlrechtsreform habe beseitigen wollen. Die Passage endet mit einem Gedankensprung: »Dasselbe Schauspiel haben wir gegenüber dem Nationalsozialismus erlebt«. Sei nicht auch dieser »großgepöppelt« worden in der Hoffnung, durch ihn die Gewerkschaften loszuwerden, und in der Erwartung, man könne den Mohr, der seine Schuldigkeit getan, danach mühelos nach Hause schicken?<sup>49</sup> Schiffer übernahm hier die

46 Tgb 6. 10. 1942. – Konkretere Angaben fehlen; vgl. aber Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 242 (»Tradition meiner Familie«), bezogen auf den Liberalismus.

47 So etwa Tgb 29. 10. 1942.

48 Theobald v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Bde. Berlin 1921/22. – Als Anreiz zur Neulektüre wirkte wohl auch die Nachricht vom Tode Kaiser Wilhelms II., die im übrigen laut Schiffer sonst auf »allgemeine Teilnahmslosigkeit« stieß (Tgb 15. 6. 1942).

49 Tgb 9. 6. 1941 und 16.6.1941, ähnlich Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 246; vgl. seine Kritik an den Großbanken 1931/32 in: Ders., Sturm (wie Anm. 4) 135 ff., die nach dem Urteil Meineckes (Rez. in: Kölnische Zeitung vom 17. 1. 1932, Neudruck in: Autobiographische Schriften, wie Anm. 11, 475–480, hier 478) jedoch kein Votum gegen den Kapitalismus war. – Zur Kontinuitätsthese ausgewogen Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1984, 215 f.



schon damals verbreitete Kontinuitätsthese und damit indirekt eine vereinfachende Sicht der Weimarer Republik und ihres Scheiterns, obgleich er seinerseits schon seit den 20er Jahren kein Gefolgsmann der Weimarer Gründungs-koalition mehr gewesen war.

Doch nicht nur ihr, auch ihrem Ertrag, dem Weimarer Verfassungswerk und Parteiensystem, stand er kritisch gegenüber, und die Erfahrung mit dem NS-Staat war nicht dazu angetan, diese Kritik zu entschärfen, eher im Gegenteil. Nein, nach Weimar strebte Schiffer nicht zurück. Wir wollen uns dies anhand einiger herausragender Aspekte – Einheitsstaat, Preußenbild, Parlamentarismus, Demokratiebegriff, Völkerbund – vor Augen führen. Zu alledem findet sich Eingestreutes auch im Tagebuch. Es folgte im großen und ganzen noch der Linie des »Sturm«, in manchen Einzelheiten ging es neue Wege.

Dem preußisch-deutschen Nationalstaat galt weiterhin die Liebe, aber der Zeitbeobachter glaubte nicht mehr an dessen optimale Realisierbarkeit. »Die Umgestaltung der deutschen Verfassung in Richtung des Einheitsstaats ist stecken geblieben«. Die Einzelstaaten bestünden weiter, mit bürokratischer Gleichmacherei sei nichts auszurichten, auch der »Paukenschlag« am Anfang (gemeint war der Papensche) habe nicht viel erbracht. Nun sei dem deutschen Einheitstraum zwar ohnehin weniger am Einheitsstaat als an der Beseitigung der Kleinstaaterei gelegen gewesen, aber auch solch »Mittelweg« sei künftighin schwerlich mehr gangbar. Als eine taugliche Zukunftslösung sah Schiffer inzwischen weder die rein unitarische noch eine föderative an, machbar schien nur noch eine Verwaltungsreform auf der Grundlage des Status quo: »Mit Souveränität der Länder in irgendwelcher Form und irgendwelchem Ausmaß ist es vorbei. Es wird nichts übrig bleiben als eine möglichst weitgehende unpolitische Dezentralisation, die dem Eigenleben der Teile größten Spielraum gewährt, ohne jenen Kantönligeist zu züchten. Das bedeutet Verwaltungsreform an Stelle oder in Fortführung der Verfassungsreform«. Bedeutete es letztlich nicht auch schon Abschied von Preußen? Das alte Lied »Ich bin ein Preuß« sei, klagte der Vorwärtsblickende, »für alle Zeiten ausgesungen«<sup>50</sup>.

Immerhin erlaubt diese Sequenz zugleich den Schluß, daß die Zukunftserwartung von der Fortdauer eines einheitlichen und selbstbestimmten Deutschlands ausging. Nichts deutet auf die Voraussicht eines in Zonen geteilten, von Siegermächten beherrschten, im eigentlichen Wortsinn »untergegangen«

50 Tgb 1. 5. 1941. – Dagegen hatte Schiffer bis in die 30er Jahre am Ziel einer antiföderalistischen Reichsreform ohne Opferung Preußens festgehalten, teils in Anlehnung an Popitz und Carl Schmitt; vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 270 ff., 281 ff.; Ders., Leben (wie Anm. 4) 166, 170 ff.; zur Vorgeschichte vgl. Hellmut Seier, Die Stellung Preußens zum Reich als Problem nationalliberaler Politik und Meinungsbildung 1880-1918, in: Oswald Hauser (Hrsg.), Preußen, Europa und das Reich, Köln 1987, 273-294, hier 290.

Reiches hin<sup>51</sup>. Selbst der skeptischste Vorgriff orientierte sich noch 1941/42 eher am Kriegsausgang von 1918. Das Denken des Gealterten verblieb, wo irgend möglich, in den Bahnen seiner Erfahrung.

Mehr noch als der gescheiterte Föderalismus forderte der verformte, zu konstruktiver Mehrheitsbildung immer seltener fähige Parlamentarismus seinen Grimm heraus. Wie wenig die Weimarer Verfassungswirklichkeit in dieser Hinsicht dem Verfassungswortlaut geglichen habe, hatte schon der Autor des »Sturm« gerügt<sup>52</sup>, jetzt rief die Erinnerung an das Gebaren der Parteien, die sich als Volksparteien verstanden und am Ende doch nur Interessenvertretungen waren, bloß noch ein müdes Lächeln hervor.

Auch der Liberalismus wurde davon nicht ausgenommen. Dort sei das Ausmaß an Eigennutz und Intrige sogar besonders schlimm gewesen. Mit einer Ausnahme allerdings: »Ich kann mir das Zeugnis ausstellen, daß ich nie eine Intrige angeschoben oder an ihr teilgenommen habe, im Gegenteil. Wohl aber ist nachweisbar gegen mich intrigiert worden, in den Fraktionen, der Partei, der Regierung. Bassermann, Stresemann, Koch . . .«<sup>53</sup> – womit die drei Parteiführer des rechten und linken Liberalismus, mit denen Schiffer vor oder nach 1918 zu tun gehabt hatte, sozusagen gleichrangig am Pranger standen.

Den Reichstag als Institution nahm der Parteien-Kritiker übrigens in Schutz – jedenfalls den kaiserlichen. So gegen den Vorwurf unzureichender Bewilligung von Rüstungsmitteln und daraus folgender Mitschuld am Kriegsausgang von 1918. Das sei irrig, meinte Schiffer und berief sich dabei auf sein Spezialwissen als Haushaltsexperte. Die damalige Regierung habe den Reichstag und die öffentliche Meinung in Wirklichkeit zu wenig angehört und zu sehr unterschätzt, habe vor Parlament und Presse »zuviel Angst und zu wenig Respekt« gehabt<sup>54</sup>. Keinen Pardon erhielten dagegen die parteigebundenen Volksvertreter der Republik. Sie hätten mit ihrer Ämterpatronage und ihren Zufalloptionen den Staat zur Beute gemacht.

51 Ähnlich wie bei manchen Protagonisten des Widerstandes, vgl. Peter Hoffmann, *Motive*, in: Schmädke/Steinbach (Hrsg.), *Widerstand* (wie Anm. 13) 1089–1096, hier 1091.

52 Vgl. Schiffer, *Sturm* (wie Anm. 4) 218–242, 312 ff. – Doch die Kritik richtete sich auch gegen die Verfassung selbst. Im Herbst 1940 bezeichnete er sie brieflich als »Noterzeugnis« und bedauerte ihre lange Gültigkeit. »Nicht daß und wie sie entstand, ist der geschichtliche Vorwurf, sondern daß wir nicht die Einsicht und die Kraft besaßen, uns ihrer zu entledigen, als sie ihre Aufgabe der Überbrückung erfüllt hatte« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 26. 11. 1940).

53 Tgb 26. 5. 1942. – Die Abneigung gegen den DDP-Vorsitzenden Erich Koch-Weser wurzelte im Kapp-Putsch-Konflikt von 1920. Zur Stellung Schiffers im liberalen Spektrum zuletzt Jürgen Frölich, *Die »Exzellenz« als »liberaler Demokrat von Jugend auf«?* Eugen Schiffer und die liberalen Parteien in Deutschland 1900 bis 1950, in: T. Ramm (Hrsg.), *Eugen Schiffer* (wie Anm. 1) 95–130, hier 108; ähnlich ders., *Ein Nationalliberaler unter Demokraten*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 18, 2006, 153–186.

54 Tgb 18. 6. 1941, 24. 9. 1941 und 18. 10. 1942. – Zum Einflußgewinn des Reichstags seit der Reichsgründung auch Schiffer, *Leben* (wie Anm. 4) 172 (»Mittelpunkt der deutschen Geschichte«).

Doch welche Rolle sollten Parlament und Presse in Zukunft spielen? Oder allgemeiner: wie müsse eine Neuordnung nach dem Kriege beschaffen sein, wenn die Aufgabe darin bestehe, Staatsmacht und Grundrechte besser in Einklang zu bringen? Diese Fragen stellte sich der Tagebuchschreiber im Januar 1942, und das Ergebnis war ein kurzer Text mit der viel versprechenden Überschrift »Künftige deutsche Verfassung«, der in vier Punkten einige Grundregeln dafür benannte<sup>55</sup>. Sie lassen erkennen, wie weit sich das als Idealtypus Erstrebte vom Weimarer Normensystem entfernen konnte, ohne auf eine Preisgabe von Rechtsstaat und Liberalität hinauszulaufen.

Gleich der Anfang dieses Vier-Punkte-Programms befremdet den heutigen Leser. Punkt eins verlangte lapidar »eine Regierung, die rechtlich und moralisch weder auf dem Volkswillen beruht noch sein bloßer Vollstrecker ist«. Eine Absage an jedwede Demokratie? So wollte es wohl nicht verstanden sein, erst recht nicht als Freibrief für weitere Diktatur. Punkt zwei nämlich forderte »Schutz gegen Willkür«, hob die Bedeutung von Parlament und Presse dafür hervor (»Öffentlichkeit ist eine starke Macht«) und entwarf Grundzüge einer künftigen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit. Gedacht war hier vor allem an dreierlei: 1. an »unabhängige Gerichte in geringster Zahl (um Qualität zu gewährleisten und Fronde zu verhüten) gegenüber der Verwaltung«; 2. an die »Bindung der Gesetzgebung ans Parlament bei Etat und Einschränkung von Grundrechten«, 3. an ein »höchstes Gericht zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegen Regierung und Parlament«. Mit anderen Worten: Schutz sollte zugesichert werden gegenüber vier Faktoren: Regierung, Verwaltung, Parlament und einer möglicherweise frondierenden Justiz. Dem Nachdenkenden, spürt man, ging es mehr um Gewaltenteilung als um optimalen Parlamentarismus.

Das wird noch deutlicher durch Punkt drei und vier des Programms, beide äußerst knapp gefaßt, nur noch stichwortartig. Punkt drei lautete: »Parlament. Wählbar nur nach Bewährung in rebus publicis. Beschränkung der Gültigkeit auf 10 Jahre. Öffentliche Wahl, aber allgemein und direkt«. Noch knapper Punkt vier: »Ständisches Prinzip in Justiz und Verwaltung«<sup>56</sup>. Was konkret damit gemeint war, blieb hier offen, ergibt sich aber aus anderen Eintragungen.

Schiffer war nie ein Freund des Weimarer Proporz- und Listenwahlrechts gewesen. Er hatte darin schon in den 20er Jahren eine unzulässige Privilegierung der Parteien gesehen, eine Bevorzugung von Funktionären und Lobbyisten, die bei der Zuteilung von Listenplätzen faktisch den ersten Zugriff hatten, während der Wähler die Auswahl der Kandidaten nicht zu beeinflussen vermochte. Auch daß bei engem Wahlausgang dem Koalitionsgeschiebe Tür

55 Tgb 15. 1. 1942, hier auch das Folgende.

56 Ebd.

und Tor geöffnet waren (»Bankrott der Zahl«), rief auf zum Wandel. In diesem Sinne ist das Vier-Punkte-Programm zu verstehen, soweit es das Parlament und das Wahlrecht betraf. Denn Schiffer wollte ja nicht etwa zurück zum »Ständestaat«. Er war kein Sozialromantiker, wußte vielmehr sehr wohl, daß der gesellschaftliche Wandel und der »bestehende Aufbau der Wirtschaft« keine Rückentwicklung gestatteten. Möglich und sinnvoll aber schien es ihm, »ständische Gesichtspunkte« punktuell zur Geltung zu bringen, etwa in dem Sinne, daß das passive Parlamentswahlrecht an den Nachweis mehrjähriger Erfahrung in einer kommunalen oder berufsständischen Vertretung gebunden werde<sup>57</sup>.

Ging schon diese Akzentuierung über die Reformvorstellungen hinaus, die der »Sturm« empfohlen hatte, so tauchte umgekehrt manches Heilungsrezept der Brüningjahre im Tagebuch nicht mehr auf. So etwa das Oberhaus als Weiterentwicklung des Reichsrats mit wertelitären Konturen oder die Diktaturvollmacht des Staatsoberhauptes als allerletzter Rettungsring bei wechselseitiger Selbstblockade von Verfassungsorganen<sup>58</sup>. Die Frage der Oberhauptfindung wurde überhaupt ausgeblendet. Nach dem Fiasko des Führerstaates und bei dem Mangel an charismatischen Hoffnungsträgern im Anschluß an die monarchische oder militärische<sup>59</sup> Tradition fehlte es hier offenbar an realistischen Anknüpfungspunkten. Dafür schob der Planer sein Konzept eines »höchsten Gerichts zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegenüber Regierung und Parlament« nach vorn, eines obersten Verfassungsgerichts also, und auch die alte Vorliebe für sachkundige und unpolitische Staatssekretäre mit breitem Problemlösungsspielraum anstelle von auswechselbaren Parteiministern lebte ab und zu wieder auf. Auch hier war das Unbehagen am Parteienstaat federführend.

Vergleichen wir dieses Zukunftsbild mit Verfassungsentwürfen und Neuordnungsplänen der Oppositions- und Umsturzbewegung<sup>60</sup>, so ergeben sich Parallelen. Mit Popitz und Goerdeler hatte es den »Antiparteienaffekt« (Hans

57 Tgb 14. 5. 1941; ähnlich, im Detail abweichend, schon Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 243 ff., 342 ff., 352; – Zu ständestaatlichen Zügen im Reformdiskurs von 1932 allgemein vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1957, 536 ff.; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7. Stuttgart 1984, 1008 f.

58 Schiffer, Sturm (wie Anm. 4), 247 ff., 285, 290 ff.; vgl. dazu Meinecke Rez. (wie Anm. 49).

59 Unter den »deutschen Feldherren dieses Krieges« ragten nach Schiffers Einschätzung »eigentlich nur Rommel, höchstens noch Dietl« hervor, und auch diese beiden seien »nicht ersten Ranges« (Tgb 14. 6. 1942). Feldmarschall Erwin Rommel (1891-1944) führte bis 1943 das Afrika-Korps und hatte 1944 Fühlung mit dem Widerstand. Generaloberst Eduard Dietl (1890-1944) kommandierte 1940 die Gebirgstruppen in Norwegen.

60 Dazu zusammenfassend Hans Mommsen, Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Schmädcke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 570-597, besonders 580 (»Antiparteienaffekt«); Ger van Roon, Staatsvorstellungen des Kreisauer Kreises, in: ebd., 560-569; Albert Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Hamburg 1964, 266 ff.

Mommsen) gemein, ferner die planerisch autoritären, naiv konstruierenden, wunschbestimmten Züge, auch das Manko an Legitimation von unten und die punktuelle Anlehnung an kommunalreformerische und »korporativistische« Lösungen. Mit den Kreisauern wiederum, auch mit Schulenburg und ebenfalls Goerdeler, teilte das Schiffersche Konzept die Vorliebe für »kleinste Einheiten«, den Vorrang von Verwaltungs- und Rechtsreformen und eine möglichst unpolitische Sachorientierung. Schwächer als bei den Konservativen wirkten dagegen die monarchistisch-diktatorialen Anwendungen und Aushilfen der Papen-Ära nach. Konstitutionelle Kontrollrechte sollten nicht ab-, sondern ausgebaut werden, die Meinungs- und Pressefreiheit stand hoch im Kurs. Nur die tiefsitzende Aversion gegen die Integrationspraktiken der Massendemokratie hinderte an einer weiter ausgreifenden Linkseinordnung.

Im übrigen hatte diese Aversion nicht nur institutionelle und wahlrechtliche Gründe. Schiffers Zweifel in diesen Fragen waren viel prinzipieller. Sie hingen mit seiner Einstellung zum Problem der Willensfreiheit zusammen. »Geheimnisvoll verschlingt sich Willensfreiheit und –unfreiheit im Einzelmenschen«, heißt es einmal. Und gelte nicht dasselbe für Volk und Staat? Schwanke nicht das Verhältnis von Freiheit und Unfreiheit in der politischen Willensbildung von Nation zu Nation? Sei es nicht von »Zuständen, Beschaffenheiten und Situationen« mitabhängig? Es sei die »Aufgabe des Staatsmanns«, hier das rechte Maß zu treffen<sup>61</sup>.

Noch tiefer ins Gestrüpp der Volkspychologie wagte sich die Deutung an einer anderen Stelle. »Was das Volk will!«, hieß es dort unter Berufung auf »Hegel und Hans Delbrück«, sei durch »organisatorische Maßnahmen und Einwirkungen« nicht festzustellen. Zu ermitteln sei allenfalls, was man »im Volk zugunsten der Regierung« wolle. Sei dies vernünftig und zudem kraftvoll, werde es sich durchsetzen, egal ob mehrheitlich oder minoritär vertreten und ob mit oder ohne Regierungsplazet. Hier liege die eigentliche Bedeutung von Parlament und Presse. Doch deren Einfluß dürfe auch wieder nicht unbegrenzt sein. »Solange der Wille des Volkes noch gärt und unklar ist, soll er die Staatsgeschäfte nicht verwirren«. Das Resümee plädierte für eine »Politik der praktischen Vernunft«, also der »Sachlichkeit«, ja der »Entpolitisierung«. Das zielte auf Beschränkungen zumal bei Parlament und Justiz. »Abgeordnete und Richter sollten Barrieren sowohl gegen die Regierung wie gegen das Volk sein«. Oder noch mehr zugespitzt: »Restlose Autokratie und volle Demokratie sind auf die Dauer gleich unmöglich«<sup>62</sup>.

61 Tgb 15. 4. 1942.

62 Tgb 18. 1. 1942 und 15. 4. 1942. – Distanz von der »vollen« Demokratie prägte auch den Grundton mancher Briefe. So an Gerland vom Oktober 1940: »Ich bin niemals Demokrat im Parteisinn gewesen und war auch in der demokratischen Partei stets ein Fremdkörper; ich fühlte mich nicht nur als solcher, sondern wurde auch von ihr als solcher empfunden. Ich war und blieb Nationalliberaler, wenn auch hier wiederum nicht im engen Parteisinn«

Schiffer, auf der Gedankenstufe des Kriegstagebuchs, war mit Maeterlinck überzeugt von der »Dummheit des Demos«. Er glaubte nicht, daß Wahlergebnisse die Richtigkeit von Politik bezeugen, sah auch die Schattenseiten der Regel, daß Demokratie verantwortlich nur sich selbst gegenüber sei, und erwog im Anschluß an Seeckt, ob die beste aller Regierungsformen nicht letztlich doch ein »neuzeitlich abgeänderter und aufgeklärter Absolutismus« sei. Denn wenn Absolutismus ohne Parlament gefährlich sei, so laut Bismarck doch immer noch besser als Absolutismus durch das Parlament oder mit dessen Hilfe. Am Ende schoß England den Vogel ab – als Parlamentarismus mit keineswegs unbegrenzten Befugnissen gegenüber der Exekutive und ohne Handhabe zur direkten Selbstregierung<sup>63</sup>. Bedenkt man die Zeitumstände, so waren das alles riskante Überlegungen. Zwar war vieles als Zitat etikettiert und damit etwas abgefedert, aber sicheren Schutz bot die Tarnmethode schwerlich.

Doch nicht nur nach Dämmen gegen die »volle Demokratie« sah sich der Tagebuchschreiber um, auch nach Schranken gegen einen ausufernden Nationalismus. Aus seiner Sicht blieb der Staat auch hier das verlässlichste Heilmittel. Und zwar nicht zuletzt der kleinere Kultur- und Rechtsstaat vom Typus »Holland«, eingebettet in »große Räume« mit geordneter Wirtschaft und im Rücken gedeckt durch eine hegemonial verankerte, militärisch exekutierte und doch zugleich kollektive Friedenssicherung. In diesem Punkt waltete lediglich Zweifel, ob sich der alte Völkerbund in solcher Weise reaktivieren lasse. Wenn ja, schien dies allenfalls denkbar auf einer Ebene zwischen Völkerrecht und Staatsrecht. »Ein Staat müßte die Vormacht sein«, und dieser eine und einzige möge im »alleinigen Besitz der Militärgewalt« bleiben. Die Mitgliedschaft in dieser künftigen Weltgemeinschaft solle gleichwohl »obligatorisch« sein, die »Selbständigkeit« der Mitgliedstaaten eingeschränkt dadurch, daß sie sich zur Wahrung von Grundrechten und zum Schutz von Minderheiten verpflichten müßten. Im Falle innerer Streitigkeiten aber müsse ein »höchster Gerichtshof« bereit stehen, »dessen Entscheidungen durch die Vormacht zu exekutieren wären«<sup>64</sup>.

Welcher Staat aber komme für eine solche Vormachtrolle in Frage? Schiffer favorisierte die »Vereinigung von England und Amerika«, hatte ein Zitat zur Hand, wonach die Schaffung ihrer Union die »Hauptaufgabe des 20. Jahrhunderts« sei, und sorgte sich nicht um möglichen Mißbrauch. »Die Weltherr-

(PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940). Ähnlich an anderer Stelle die Kritik an der »Gesamtpolitik« (des demokratischen Liberalismus im Sinne Otto Fischbecks), die »die Demokratie in Deutschland ausgedörrt und ungeistig gemacht und damit den Gegenstoß ausgelöst hat, der dann allerdings mit einer das Maß aller ihrer Sünden weitaus übersteigenden Wucht eingesetzt hat« (ebd., Schiffer an Gerland, 16. 6. 1939).

63 Tgb 20. 11. 1941, 2. 3. 1942, 1. 6. 1942, 12. 12. 1942 und 21. 9. 1944.

64 Tgb 1. 7. 1941, 15. 4. 1942 und 10. 10. 1942.

schaft braucht nicht absolut und unmittelbar zu sein. Sie kann und soll der Durchgang zu ihrem eigenen Abbau und ihrer Ersetzung durch ein Nebeneinander sein«. Auch in dieser Hinsicht war das Zutrauen zu England also wieder groß, während die Hoffnung auf Amerika, damit verglichen, vage und undeutlich blieb. Es waren im Grunde die alten Argumente von Seeley und Rhodes zugunsten der britischen Reichsidee, worauf der Zeitbeobachter setzte, wenn er sich eine »Weltherrschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern mit ethischem Ziel« erträumte und der Aussicht Raum gab, dadurch könnten »Kriege unmöglich« werden<sup>65</sup>.

Und doch – ganz zum Schweigen gebracht wurde die Sorge nie. Ein Rest an Relativierung blieb immer, und im Herbst 1942, als das Ende der privaten Schonzeit sich näherte, schwoll die generelle Infragestellung aller Werte und aller geschichtlichen Überlieferung noch einmal deutlich an. Mitunter mischten sich wohl gar spenglerisch-nietzschesche Zeitgeisttöne in die Bilanz. Dann stand plötzlich alles auf der Waage und nichts hielt mehr stand, ausgenommen das anthropologische Potential. »Das einzig Dauernde in der Geschichte ist der Mensch. Rassen, Völker, Staaten, Religionen, Kulturen vergehen. Homo manet«<sup>66</sup>.

Schiffers Welt- und Geschichtsbild, so wollen wir das Gesagte zusammenfassen, kam selten so improvisiert und ungeschönt aufs Papier wie in dem schwarzen Wachstuchheft. Von Zufallslektüre angeregt und von Alltagsstimmungen überschattet, gleichen die nicht für die Öffentlichkeit gedachten Texte einer Zwiesprache des Zeitzeugen mit sich selbst. Vieles scheint flüchtig hingeworfen, widerspricht sich zuweilen, wirkt unausgereift, unbekümmert im Stil, vereinfachend in der Gedankenführung. Nichtsdestoweniger schimmert eine Weltanschauung durch. Sie wurzelte im nationalen Liberalismus, stand dem wilhelminischen Kontext, soweit er rechtsstaatlich, konstitutionell, aufklärerisch-human gewesen war, noch nahe, betonte die Distanz zu »Weimarer« Entwicklungen, die dem Belastbarkeitstest der Brüning-Papen-Ära nicht standgehalten hatten. Ebenso spürbar ist aber auch, wie sehr sich der einsame Zeitbeobachter im Dauerdiskurs mit dem Zeitgeist und der unbekannten Zukunft befand. Der Krieg war noch im Gange, der Ausgang ungewiß, das Kriegsglück schwankend. Daraus ergaben sich Widersprüche und Relativierungen. Sie betrafen auch das Weltbild und die Geschichtssicht – und nicht zuletzt die Stellung Schiffers zu sich selbst.

65 Tgb 28. 10. 1942, 23. 11. 1942 und 29. 11. 1942. – Zur Idealisierung der britischen Welt-durchdringung allgemein Paul Kluge, Wandlungen der britischen Reichsidee, in: HZ 187, 1959, 540-567.

66 Tgb 25. 11. 1942.

### III

Im Verlauf der »vaticanischen« Gefangenschaft, zumal gegen Ende der Halb-isolierung, nahm bei Schiffer das Verlangen zu, sich seiner Identität zu versichern. Er fing an, über sein Leben nachzudenken, seine Eigenart und das Geleistete zu mustern, also Bilanz zu ziehen. Das geschah ohne großen Anspruch, eher beiläufig, wie die Schreibsituation es ihm eingab. Der Grundton ließ den Wunsch erkennen, genutzte Chancen und erlebte Höhenflüge, samt ihren politisch-literarischen Erträgen, auf einen einfachen Nenner zu bringen und daraus Trost zu ziehen. So wie in einem Notat vom September 1942: »Ich habe drei Höhepunkte meines Lebens gehabt, die ich wehevoll als solche erlebte: als ich Student, als ich Richter, als ich Volksvertreter wurde. Ich empfand sie nicht als materielle oder äußere oder Laufbahnerfolge, sondern als Eintritt in eine höhere Gemeinschaft idealen Gepräges, stark durchsetzt mit preußisch-deutschem Nationalbewußtsein«<sup>67</sup>.

Zugleich zeigt sich daran, wie sehr das persönliche Erinnern die Jugendzeit im Kaiserreich begünstigte. Warum nur sie? Warum nicht auch die hohen Ministerämter nach 1918, die zweimalige Vizekanzlerschaft, den wiederholten Vorsitz in einer der größeren Fraktionen des Reichstags? Sind das nicht ebenfalls Höhepunkte gewesen, die sich als »wehevoll« hätten erleben lassen? In der Stimmung von 1941/42 verschwanden sie hinter den wilhelminischen, verloren an Dignität und Glanz wie die deutschdemokratische Partei und die »Weimarer« Gesinnung neben dem Nationalliberalismus. Mitunter wunderte sich der rückblickend Wertende selbst über seine Vorlieben. Dann ging er milde tadelnd gegen sie an. So im Mai 1941 aus Anlaß einer literarischen Neu-begegnung: »Ich habe zufällig Meyer-Försters »Alt-Heidelberg« wieder einmal in die Hand genommen, es in einem Zuge durchgelesen und bin wieder einmal des sentimentalischen Zugs in meinem Charakter mir bewußt geworden. Aber etwas fiel mir auf: welch jämmerliche Byzantinerrolle diese an sich doch sehr sympathischen Corpsstudenten spielen! Der Autor nimmt es bloß komisch, aber vielleicht hatte er im Ernst mehr Recht als er selbst ahnte«<sup>68</sup>.

Dabei war der aufsteigerhafte Stolz auf die vom Erfolg gekrönte Annäherung an die Welt des Adels und auf die gesellschaftliche Behauptung in dessen Milieu bei Schiffer seinerseits nicht gerade schwach entwickelt. Kurz vor dem Umzug ins Ungewisse gedachte der Gepeinigte der »Schlösser und Landhäuser, in denen ich längere oder kürzere Zeit zu Gast weilte«, und listete sie auf. Die Reihe begann mit Schloß Ralswiek auf Rügen, dem Landsitz des früheren Kaiserfreundes Graf Douglas, einem Freikonservativen, der 1905 ein Bündnis

67 Tgb 1. 9. 1942.

68 Tgb 29. 5. 1941. – Wilhelm Meyer-Förster (1862-1934) dramatisierte in dem Bühnenstück »Alt-Heidelberg« (1901) seinen Studentenroman »Karl Heinrich« (1899). Schiffer hatte keiner Verbindung angehört.



mit der rechten Mitte angestrebt und den jungen und ehrgeizigen Landtagsabgeordneten mit entsprechenden Hintergedanken zu sich eingeladen hatte, und die Aufstellung setzte sich fort mit der Nennung von Burgen, Palästen und Herrenhäusern teils fürstlichen Zuschnitts als Begegnungsstätten späterer Zeit<sup>69</sup>. Für dergleichen hatte der bürgerliche Konvertit eine gewisse Schwäche.

Eine Schwäche hatte er auch für »die Liebe« – und auch darüber ging die Lebensbilanz nicht hinweg, wobei der Wortsinn allgemein und breitgefächert blieb und sich zuletzt noch ins Humanitäre und sogar Politische weitete: »Wenn ich mein Leben überblicke, so habe ich weit mehr zu danken als zu grollen, zu segnen als zu fluchen. Ich habe viel Liebe genossen, im engeren wie im weiteren Kreise, und bin nur selten auf bewußte Gehässigkeit oder Niedertracht gestoßen. Selbst das Schicksal, das mich jetzt stranguliert, ist mehr sachliches Elementarereignis als persönliche Bosheit gegen mich«<sup>70</sup>. Eine bemerkenswerte Distanz. Das Objektivierungsbemühen des früheren Richters bewährte sich.

Dabei war sein Idealismus an trüben Tagen in Gefahr, dem Maßstabverlust der Gegenwart zu erliegen »Es ist bitter schwer, auf alte Ideale zu verzichten. Es ist nicht leicht, sich für neue Ideale zu erwärmen. Aber es ist schlechthin unerträglich, alte Ideale aufgeben zu müssen, ohne neue Ideale an ihre Stelle zu setzen«<sup>71</sup>. Der Gedanke mündete in ein Ibsen-Zitat und ließ damit erkennen, aus welcher Bewußtseinsschicht das Problemverständnis stammte.

Aber die Autorität der selbsterlebten Tradition stand eben nicht mehr auf festen Füßen. Sie rieb sich am Zeitgeist und wich nach und nach neuen Denkweisen. Der Betrachter sah es mit Resignation und Kummer, deutete es als Schwund von kulturellen Normen und sammelte Belege dafür. Am meisten beunruhigte ihn der Niveauperlust der Universitäten und der Rückgang in den Wissenschaften. Die Beobachtung war an sich nicht neu, schon im »Sturm über Deutschland« hatte sie eine Rolle gespielt, aber nun, im Kontext von NS-Zeit und Krieg, wurde sie zu einem quälenden Ärgernis. Ob es die »Sprachverhunzung« war, die der Zeitungsleser beklagte, die Preisgabe gymnasialer

69 Tgb 12. 12. 1942. – Zur Begegnung mit Hugo Sholto Graf Douglas (1837-1912) im August 1905 vgl. Schiffer, *Leben* (wie Anm. 4) 96; Graf Douglas. Eine Festgabe von seinen Freunden, Berlin 1907, 9, sowie eine ausführliche Aufzeichnung in: NL Schiffer, Bd. 1, 1 ff.

70 Tgb 2. 8. 1942. – Zu Liebesbeziehungen Schiffers in den 20er Jahren vgl. Thilo Ramm, *Der Fehltritt einer Frauenrechtlerin*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 17, 2005, 235-252, hier 236 ff.; Heide-Marie Lauterer, »Liebe Marquise von O.«, in: ebd. 16, 2003, 273-283.

71 Tgb 21. 6. 1942 – Ähnlich eine briefliche Äußerung mit selbstkritischem Akzent. Darin verwarf Schiffer seine frühere »Vorstellung von unserem deutschem Volk als politischem Faktor, die sich als sehr unzutreffend erwiesen hat«, und gestand sich ein, daß sich im Licht dieser Einsicht sein Leben »zu einem erheblichen Teil als verfehlt« darstelle. Habe es doch »im großen Umfange« auf seiner »politischen Tätigkeit« beruht und sich damit rückblickend gesehen auf einer »trügerischen Grundlage« befunden (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940).

Leistungskriterien oder der Verzicht auf akademische Ansprüche, worüber Mitteilungen von Professoren die Runde machten (»Sauerbruch hat erklärt, das Niveau des medizinischen Nachwuchses sei das der Volksschule«) – dem Draußenstehenden, der sich an den eigenen Weg erinnerte, tat das alles weh: »Die Wissenschaft wird Handwerk, die Universitas Litterarum zu einem Bündel von Fachschulen. Das muß sich sehr schnell rächen. Noch zehren wir von den Resten der Vergangenheit. Bald werden wir unseren internationalen wissenschaftlichen Rang verlieren«<sup>72</sup>.

Naturgemäß bekümmerte den Juristen nicht zuletzt der Niedergang des eigenen Fachs. Nun stand der frühere Justizminister seiner persönlichen Kompetenz nicht unkritisch gegenüber. »Ich bin nie ein großer Jurist gewesen; meine Begabung war mehr rechtspolitischer, legislativer Art«, sagte er von sich. Aber gerade diese Spezialbefähigung brachte es mit sich, daß er die Justizpolitik der Nationalsozialisten besonders genau verfolgte. Als Tiefpunkt bedauerte er einen Aufsatz von Reinhard Höhn, Staatsrechtler an der Berliner Universität, der das gültige Polizeirecht dahingehend ausgelegt hatte, daß es staatsfeindlicher Gesinnung jeglichen Rechtsschutz entziehe und jede liberale Meinung verwerfe. Daß ein »deutscher Professor« dergleichen zu schreiben imstande sei – darüber kam der Leser nicht hinweg<sup>73</sup>.

Und das umso weniger, als er sich seinerseits mit dem Gedanken trug, sein in den 20er Jahren entwickeltes Projekt einer umfassenden Justizreform erneut auf den Prüfstand zu bringen und wenn möglich zur Verwirklichung beizutragen. Dabei reizte ihn, wie man vermuten darf, zusätzlich der sonderbare Sachverhalt, daß es zwischen einigen seiner Reformvorstellungen und solchen der NS-Justiz bei allem Dissens in der Stoßrichtung gewisse Berührungspunkte gab. Wenn sich etwa Curt Rothenberger, seit 1942 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, für die Stärkung des Richteramts im Führerstaat erwärmte und den »Richterkönig« zum Exekutor des »gesunden Volksempfindens« erhob, so ähnelte dies von fern einer Argumentationslinie, die Schiffer bereits 1928 in seinem einschlägigem Hauptwerk vertreten hatte<sup>74</sup> – mit ganz anderer

72 Tgb 20. 5. 1941, 19. 7. 1941 und 20. 11. 1941. Ferdinand Sauerbruch (1875-1951) war Chirurg in Berlin. – Vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 81 f.; zum Problem allgemein Hellmut Seier, Niveaukritik und partielle Opposition. Zur Lage an den deutschen Hochschulen 1939/40, in: Archiv für Kulturgeschichte 58, 1976, 227-246.

73 Tgb 16. 6. 1942 und 20. 9. 1944. – Vgl. Reinhard Höhn, Nationalsozialistisches Polizeirecht, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 13. 6. 1942. Höhn war SS-Standartenführer, hatte aber auch Verbindungen zu Hitlerkritikern, vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, 426.

74 Vgl. Schiffer, Deutsche Justiz (wie Anm. 4) 80-130, 258-380; andererseits Curt Rothenberger, Der deutsche Richter, Berlin 1943, 105 ff., passim. – Nach J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 166 bestand in mehreren Punkten eine »auffällige Übereinstimmung« zwischen den Auffassungen. Der Autor läßt offen, ob eine undeklarierte »Übernahme« Schifferscher Anregungen vorlag, gelangt aber zu dem Fazit, diese hätten »tiefe Spuren« selbst in der NS-Justizgesetzgebung hinterlassen (ebd. 208). Einen direkten Kommentar dazu enthält das Tagebuch nicht.

Tendenz natürlich, deren erneute Klärung dadurch jedoch erst recht zu einem Anliegen geworden sein mag.

Die Parallelität betraf sowohl den theoretischen Ansatz als auch praktische Folgerungen. Schiffers Reformkonzept war von drei Mängeln der deutschen Justizpraxis ausgegangen: der Rechtsfremdheit des Volkes, der Volksfremdheit des Rechts und der Weltfremdheit des Durchschnittsrichters. Zur Abhilfe empfohlen hatte es eine vereinfachte, verbilligte, für jedermann verständliche Rechtsprechung, gehandhabt von einer volksnäheren, der Zahl nach verminderten, besser besoldeten Richterschaft und weniger gehemmt als früher von Instanzen, Finessen und doppeldeutigen Normen. Dahinter gestanden hatte schon damals das Idealbild des Amtsrichters aus Schiffers Jugend. Das Projekt war im späten Weimar sowohl auf Zustimmung als auch auf Kritik gestoßen, weder verwirklicht noch verworfen worden, lebte im Bewußtsein der postwilhelminischen Juristengeneration aber weiter und bot sich damit als mögliches Modell eines Neubeginns an. Je nach Art und Akzentuierung der Kombination von Volksnähe und idealem Richtertum ließ es sich in unterschiedliche Kontexte einbauen<sup>75</sup>.

Auf Einzelheiten ist hier nicht einzugehen. Eine gründliche juristische Untersuchung, die auch die Brücke zur institutionellen Erprobung in Ostdeutschland nach 1945 schlug, liegt vor<sup>76</sup>. Uns interessiert, wie sich der Rückblick auf das eigene Werk und die zukunftsorientierte Gedankenbildung im Kriegstagebuch niederschlugen. Die Zahl der diesbezüglichen Notate ist groß und nahm 1942 in dem Grade zu, wie der erwartete Kriegsausgang sich scheinbar näherte. Wir konzentrieren uns auf vier Aspekte, mit denen sich der private Planer besonders intensiv beschäftigte und die zugleich die Ambivalenzen seiner Lösungssuche beleuchten.

Da war erstens seine Absicht, die Richterschaft gleich nach dem Krieg qualitativ zu erneuern und quantitativ zu vermindern. So rasch wie möglich sollten Normen durchforstet, Verfahren vereinfacht, Sondergerichte beseitigt werden. Soviel wie irgend zugänglich sollte künftig der freiwilligen Gerichtsbarkeit überlassen oder durch Schiedsgerichte ausgeglichen werden, möglichst auf kommunaler und berufsständischer Basis. Dies sollte in gesetzlich geregelten Verfahren geschehen, mit Berufungsmöglichkeiten bis hin zum Reichsgericht. Die letzte einschlägige Notiz drängte zur Eile: »Jetzt beste Zeit, weil

75 Zu Echo und Wirkung ebd. 1 ff., 201 ff., 208. Eine »gleichsam unterirdische Rezeption« (ebd. 202) vollzog sich später in der Bundesrepublik. Stärker war die Wirkung in Ostdeutschland. Dazu allgemein jetzt Hermann Wentker, *Justiz in der DDR*, München 2001.

76 J. Ramm, *Schiffer und die Reform* (wie Anm. 3). Das Buch untersucht auch die Entstehung der Schifferschen Vorschläge, vergleicht die beiden Auflagen des Hauptwerks und beleuchtet die biographische und theoriegeschichtliche Bedeutung. Zu quellenkritischen Problemen vgl. meine Rez. in: *HZ* 250, 1990, 462 f.

viele Stellen frei und wenig Nachwuchs und (weil) Kriegsunterbrechungen schon vorliegen«<sup>77</sup>.

Das nächstwichtige Anliegen war der Ausbau der Laienjustiz. Schiffer hielt nichts vom Juristenmonopol im Richteramt, forderte vielmehr, »Staat und Volk zu entjuristizieren«. Die Justizreform sollte in eine allgemeine Verwaltungsreform eingebettet werden und wie diese auf eine weitgehende Kommunalisierung und Dezentralisation zielen. Den Laienrichtern war dabei die Aufgabe zugedacht, das »gefühlsmäßig-volkstümliche Gerechtigkeitselement« zur Geltung zu bringen, und zwar besonders im Strafrecht, während im Zivilrecht davon auszugehen sei, daß die »verstandesmäßig-technische« Kompetenz des Fachjuristen überwiegen müsse. In welchem Ausmaß die Stärkung des Laienelements quantitativ zu Buche schlagen solle, ließ der Reformator vorerst offen. Über den Daumen gepeilt, könnten sich Juristen und Nichtjuristen etwa die Waage halten. Eine Hauptsorge war, wie sich verhindern lasse, daß unter irgend welchen Vorwänden am Ende doch »wieder lauter Juristen eingeschmuggelt« würden<sup>78</sup>.

Drittens beschäftigte den um Ausgewogenheit Bemühten die Unabhängigkeit der Richter. Sie war ihm wichtig, aber er sah auch die Schwierigkeit, sie zu gewährleisten. Das fing mit der Frage an, wie sie ins Amt gelangen sollten. Durch Wahl oder durch Ernennung? Hier verblieb eine Unschlüssigkeit. Aber auch die Unabhängigkeit im Amt ließ sich nicht ganz lückenlos verbürgen. Denn was sollte geschehen, wenn sie dazu ausgenutzt werde, vom Gesetz oder vom »Volksempfinden« abzuweichen? In diesem Falle, fand Schiffer, müsse das höchste Gericht entscheiden. »Tritt es dem Richter nicht bei, so darf er nicht selbständig opponieren, sondern muß den Abschied nehmen«<sup>79</sup>.

Bleibt ein vierter Punkt, vielleicht der wichtigste, nämlich die Frage, was »Gerechtigkeit« nun eigentlich sei und welcher Rang im Werte-Himmel ihr gebühre. Sei sie Einsicht einer Elite oder Gespür einer Nation oder individuelles Dafürhalten in der Auslegung eines Sittengebots? Eine mit »Zwei

77 Tgb 16. 7. 1944, vgl. Schiffer, Deutsche Justiz (1928) (wie Anm. 4) 97-130; J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 125-139. – Schiffer zielte auf eine fachlich und menschlich hochqualifizierte Richterelite. Seine Kritiker überbetonten die quantitative Verminderung. So mit antisemitischem Unterton bereits Werner Gehring, Reform der bürgerlichen Rechtspflege durch Justizabbau, jur. Diss. Tübingen 1936.

78 Tgb 10. 5. 1942, 17. 11. 1942, 25. 11. 1942 und 26. 11. 1942. – Schiffer, Deutsche Justiz (1928) (wie Anm. 4) warb zwar für die Verstärkung des Laienelements in der Rechtsprechung, sah den Laienrichter jedoch nicht als »Richter im engeren und eigentlichen Sinne« an (ebd. 102). Erst die zweite Auflage behandelte den »Volksrichter« als »gleichwertigen Typus« (J. Ramm, Schiffer und die Reform, wie Anm. 3, 136). Diese Umnuancierung bereitete sich im Kriegstagebuch bereits vor.

79 Tgb 22. 10. 1942 und 28. 11. 1942. – Schiffer war Rechtspositivist, beachtete aber die Spannung zwischen Gesetzesbindung und richterlicher Unabhängigkeit, ohne allerdings für den nur formal an Gesetze gebundenen »Richterkönig« einzutreten, dazu J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 125 f., 212 f.

Grundfragen« überschriebene Notiz ließ letztlich unentschieden, ob bei der Setzung von Rechtsnormen vom »Einzelnen« oder von einer »Gemeinschaft« – und wenn, von welcher (erwogen wurden »Familie, Gemeinde, Stamm, Nation, Staatskirche«) – auszugehen sei. Eine »absolute Lösung«, fand Schiffer, sei »unmöglich«. Er empfahl auch hier Kompromisse. Zur Beschreibung der Rangfolge zwischen Werten liebte er formelhafte Steigerungen, dachte sich Wertungshierarchien aus, etwa »Sachlichkeit – Gerechtigkeit – Menschlichkeit«, an anderer Stelle »Recht – Gerechtigkeit – Liebe«, oder nahm kurzerhand Zuflucht zu einem Zitat: »Napoleon auf St. Helena. Die Ausübung des Rechts ist eine zu harte Probe für die arme menschliche Natur«<sup>80</sup>.

Die arme menschliche Natur – auf sie kam es letztlich an, und um ihre Beschaffenheit, ihre Freiheit sowohl begründenden als auch begrenzenden Gegebenheiten kreiste das Bemühen um Selbsterkenntnis. Dabei schwankte der Tonfall, mal ernsthaft, mal scherzend. »Ich bin Individualist«, heißt es einmal, deshalb sei für ihn die Persönlichkeit »Ausgangs- und Mittelpunkt der Lebensgestaltung«, allerdings mit der Maßgabe, daß sich der Individualismus »mit einem bestimmten Maß von Sozialismus« vertrage und »durch soziale Betätigung befriedigt« werde. Doch auch an drastischen Lebensregeln, die dies präzisierten und in welche persönliche Erfahrung mit einfloß, war kein Mangel. »Dummheiten zu machen«, liest man, sei ein »unveräußerliches Menschenrecht«, vorausgesetzt, daß es auf »eigene Gefahr und Kosten« gehandhabt werde. Oder mit Galgenhumor in Zitatform zum Jahresende 1942: »Fast jedes Leben ist eine unordentlich gepackte Kiste«<sup>81</sup>.

Das mögen Anwendungen gewesen sein. Schiffer neigte in der privaten Reflexion mitunter zur ironischen Selbstrelativierung, wir wollen solche Töne nicht überbewerten. Mehr Gewicht hat jedenfalls, was das Kriegsdarium als Schaltstelle zwischen Vergangenheitsschau und Zukunftsbezügen ausweist. Zumal der Wiederaufnahme des Justizreformprojekts in der existentiellen Extremsituation von 1942 kommt hier Bedeutung zu. Aber auch im Verfassungsdenken, im Geschichtsverstehen und in der Stellung zu Freiheitspostulaten äußerte sich die Kriegserfahrung. Krieg verändert: Maßstäbe, Normen, Bewußtseinsinhalte. Der dadurch bewirkte Einstellungswandel färbte in mancher Hinsicht auch noch die Ausgangssituation der frühen Nachkriegszeit.

80 Tgb 27. 4. 1941, 7. 8. 1942, 29. 8. 1942 und 1. 9. 1942. – Daß »über dem Strafgesetzbuch der Korintherbrief steht«, fügte Schiffer nach dem Krieg sogar in die Zweitauflage seines Hauptwerks ein. Ähnlich in einem Brief an Meinecke vom 18. 2. 1950. Nachweise bei J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 133, 221.

81 Tgb 7. 5. 1941, 9. 5. 1942 und 28. 12. 1942.

Auszuloten bleibt das Resultat. Schließt das Kriegstagebuch eine Quellenlücke zwischen dem Ausklang von Weimar und dem Ostberliner Neubeginn? Verhilft es zu besserem Begreifen der Schifferschen Motivation in der »Stunde Null«? Konkreter gefragt: bereitete sich schon auf der Höhe des Krieges der spätere Ostzonenpolitiker vor – der LDP-Mitgründer, der geduldige Blockpartner Ulbrichts, der Justizverwaltungschef, der Repräsentant nationaler Einheitshoffnung in Volkskongreß und Volksrat? Oder waren die Ansätze zu alledem erst Hervorbringungen des Augenblicks? Nicht Schritte innerhalb einer vorkalkulierten Strategie, sondern Anpassungsmühen eines Gealterten, der wie durch ein Wunder mit dem Leben davongekommen war und dessen sich nun andere bedienten? Exakt zu begründen ist hier wenig<sup>82</sup>, zumal es an aussagestarken Privatbelegen mit politischem Stellenwert aus der Zeit zwischen 1943 und 1945 weiter mangelt. Einiges mag immerhin deutlicher geworden sein.

Was den Krieg betrifft, ist festzuhalten, wie früh (schon vor dem Ostangriff von 1941) ihn Schiffer als nicht mehr gewinnbar ansah, wie zwingend ihm erschien, daß »Untergang« und »Revolution« daraus erwachsen würden, wie wenig andererseits seine Zukunftserwartung im einzelnen vorwegnahm, was dann wirklich geschah. Er dachte sich den Ausgang vielmehr in Analogie zu 1918, setzte (schwache) Hoffnungen erst auf Rußland, dann auf England (ein England, das »aus Versailles gelernt« hat), stellte sich mithin auf einen »Umbruch« ein, an dessen wie immer geartete Gegebenheiten sich anzupassen erneut ein Vernunftgebot war. Dabei wurde das Vorhandensein eines gesamtdeutschen Staates mit Spielraum zum »Wiederaufbau« und mit Berlin als Hauptstadt stillschweigend vorausgesetzt. Wachsende Einsicht in die Wirklichkeit des Vernichtungskrieges schimmerte durch. Aber auch die Meinecke-Frage nach »positiven« NS-Potentialen stand im Raum. Der Nachdenkende war um Klarsicht bemüht, um ein Urteil jenseits von Propaganda und festgefahrener Ideologie. Er wollte selbständig denken, wollte nach Rückerlangung der Freiheit durchaus eigene Wege gehen. Das Kriegstagebuch zeigt ihn auf der Suche danach.

Was ihm verfassungspolitisch dabei vorschwebte, knüpfte an seine Systemkritik der 20er und 30er Jahre an, wandelte sie aber ab und übertraf sie in vielem. Von Weimar wollte er nichts mehr wissen. Erwünscht schien ihm viel-

82 Zur Motivation Schiffers beim ostberliner Nachkriegsengagement zuletzt Frölich, *Exzellenz* (wie Anm. 53) 117, 123, 130 (betont Streben nach Wertschätzung und Wiederbetätigung, Verkenntung der Umstände, Hoffnung auf Möglichkeit begrenzter Opposition) und T. Ramm, *Jurist* (wie Anm. 9) 194, 198, 202 (hebt hervor Chancen der Einheitsbewahrung, Preußenbild, Argwohn gegen Westdeutschland, Hauptanliegen Justizreform). – Das DDR-Urteil über Schiffer vor 1990 überschätzte die liberal-demokratische Kontinuität.

mehr ein »Pendelschlag der Demokratie auf ein der Kulturstufe entsprechendes Maß«, d. h. ein Rückbau bei Wahlrecht, Parteibildung und parlamentarischen Befugnissen. Wie er sich das dachte, ähnelt in mancher Hinsicht den halbautoritären Vorstellungen von Goerdeler und Popitz, in anderer Weise den Kreisauern, die eine Verwaltungsreform von »kleinsten Einheiten« aus favorisierten. Das Programm lief nicht auf Abschaffung der Demokratie hinaus<sup>83</sup>. Dazu war die Rolle von Pressefreiheit und parlamentarischer Mitentscheidung in Etat- und Grundrechtsfragen zu stark hervorgehoben und war mit der Figur eines obersten Kontrollorgans (»höchstes Gericht zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegen Regierung und Parlament«) aller Willkür und Diktatur zu nachdrücklich Paroli geboten. Wohl aber zielte der Gedankengang auf die Abkehr von »voller« Demokratie. Vorfahrt erhielten Gewaltenteilung, Ordnungswahrung und neuartige Wege der Elitenbildung. Das harmonierte nicht ohne weiteres mit dem Ideen-Arsenal der klassischen Linken (Linksliberalismus und Sozialdemokratie), erleichterte dagegen die pragmatische Anpassung an neue Formen parteirelativierender Blockbildung. Auch in diesem Punkt spiegelten sich im Kriegstagebuch also Dispositionen und Spielräume einer gewissen Neuorientierung.

Zwei essentielle Bedingungen wurden dabei vorausgesetzt: die Wiederherstellung des Rechtsstaats und die Bewahrung der nationalen Einheit. Beides ist nicht unproblematisch. Im Diskurs über die Rolle des deutschen Widerstands sind mittlerweile Zweifel aufgekommen, ob das bloße Verlangen nach einer Restituierung des Rechts ohne nähere Bestimmung seiner Funktion als Resistenzmotiv anzuerkennen sei, und die Hervorkehrung nationaler Akzente wurde der bürgerlich-konservativen Opposition sogar als Manko angekreidet<sup>84</sup>. Auf Schiffer indes treffen beide Bedenken nur in Grenzen zu. Ihn beschäftigte die künftige konkrete Ausgestaltung des Rechtsstaats sehr. Er trug ihr Rechnung, indem er die Zurückdrängung des Juristenelements zugunsten des Laienanteils anstrebte und dem Ausgleich zwischen Gesetzgebung und richterlicher Unabhängigkeit besondere Aufmerksamkeit widmete. Offenbar sah er hier Chancen, an eigene Reformimpulse anzuknüpfen und zugleich dem vom Krieg bewirkten Bewußtseinswandel gerecht zu werden. – Was die nationale Frage betrifft, stand der Schiffer des Kriegstagebuchs schon gleichsam zwischen den Zeiten. Abgekommen vom alten preußisch-

83 Im Tauziehen um die Reichsreform 1932/33 warb Schiffer für »konstitutionelle Demokratie« (Belege bei T. Ramm, Jurist, wie Anm. 9, 178 f., 203). Er war auch nicht für eine völlige Beseitigung der Parteien. Aus dem Tagebuch ist allerdings nicht zu ersehen, wie er sich ihre Wiederherstellung dachte.

84 Das ergab die Kontroverse zwischen Hans Mommsen und Peter Steinbach über den Rechtsstaatsbegriff bei der Berliner Widerstandstagung von 1984, vgl. Schmädke / Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13), 1132 f. Eine weitere Auseinandersetzung bei derselben Tagung erbrachte unterschiedliche Einschätzungen des »Nationalkonservativen« bei Schulenburg, Goerdeler und Popitz (ebd., 1127 f.).

deutschen Unitarismus Bismarckscher Prägung und hegemonialen Zuschnitts, war er gleichwohl weit davon entfernt, einer Auflösung Deutschlands in seine Bestandteile und einer Preisgabe Berlins als Hauptstadt mit Gleichmut entgegenzusehen. So betrachtet, konnte auch die Besinnung auf nationalliberale Traditionen im Rahmen einer realistischen Zielbildung anpassungsfördernd gewirkt haben. Gesamtdeutschland als Denkgrundlage und Gestaltungsauftrag – da deckten sich die Positionen von 1942 und 1945 im Prinzip durchaus.

Die neue Quelle erfüllt nicht alle Wissenswünsche<sup>85</sup>. Sie bietet nur Gedankensplitter, situationsbedingt zu Papier gebracht und nicht für fremde Augen bestimmt. Alles stammt überdies von einem extrem Gefährdeten und aus einer Zeit, in der die Zukunft völlig offen, die Spielraumbreite des Möglichen unkalkulierbar war<sup>86</sup>. Zum verstehenden Nachvollzug bedarf es kriegspsychologischen Feingefühls und einer wirklichkeitsgerechten Einschätzung der Daseinsbedingungen von bürgerlicher Gegnerschaft bei totalitärer Diktatur.

Zwar deutet nichts darauf hin, daß der durch die rassische Diskriminierung Gedemütigte sich hätte einschüchtern lassen. Alles Belastende des persönlichen Erlebens – den mehrfachen Wohnungswechsel, die Versorgungsschwierigkeiten, die heikle Situation in den Anfängen des Bombenkriegs<sup>87</sup> – nahm er klaglos hin. Nie verließ ihn die Hoffnung auf bessere, humanere, wieder mehr von »Liebe« geprägte Zeiten (»Sie ist nicht bloß das Höchste, sondern auch das Dauerndste in der Welt«<sup>88</sup>), und als das Kriegsende nahte, beeindruckte er eine seiner letzten Besucherinnen durch seine ungebrochene Einstellung. »Er ist immer zuversichtlich und bewahrt eine fabelhafte Haltung, man muß ihn wirklich bewundern«<sup>89</sup>. Andererseits ließ ihn der Zeitgeist nicht völlig unberührt. Die Umstände nötigten zu tarnender Selbstzensur durch stilistische Textvermummung. Und nicht aus jedem Notat oder Brief ist abzulesen, was Mimikry war und was Zeitgeisteinfluß. Keine innere Emigration bleibt ganz ohne verbale Trübungen mit kollaborativem Nebenton<sup>90</sup>.

85 So antwortet sie auch nur unscharf auf die von Frölich, Exzellenz (wie Anm. 53) 128, gestellte Frage, wie sich in Schiffers Vita die Entwicklung des organisierten Liberalismus zwischen Kaiserreich und Neubeginn spiegle. Darüber rasonierte der Tagebuchschreiber allenfalls beiläufig.

86 Zum Problem der realistischen Alternativen in Vergangenheit und Zukunft vgl. Alexander Demandt, *Ungeschehene Geschichte*, 4. Aufl. Göttingen 2005, 164 ff.

87 Aus naheliegenden Gründen mied Schiffer den Luftschutzkeller. »Ich bleibe im Bett und schlafe mich redlich aus. Wenn es einmal gar zu sehr ballert, und zwar in unserer nächsten Nähe, nehme ich die Hände an die seelische Hosennaht und Hab Acht-Stellung ein, um »Hier« zu schreien, wenn ich aufgerufen werden sollte. Dann aber kommandiere ich mir selbst »Rührt euch« und lege mich wieder auf die andere Seite« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940).

88 Ebd., Schiffer an Gerland, 24. 12. 1941.

89 Ebd., Gertrud Behrend an Gerland, 15. 12. 1944.



Doch wie immer man das neu erschlossene Tagebuch und die Kriegsbriefe einschätzt, sie schlagen eine Brücke von der Vor- zur Nachkriegszeit. Künftigen Biographen können sie von Nutzen sein. Auch unter Gesichtspunkten methodenpluralistischer Liberalismusforschung, offen für Vielfalt und Komplexität freiheitlichen Gedankenguts, hat das Betrachtete Reiz.

90 Zum Problem des Kollaborativen im Rahmen der bürgerlichen Gegnerschaft zuletzt Joachim Scholtyseck, »Handlungsbedingungen bürgerlicher Opposition in totalitären Staaten«, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18, 2006, 187-202, hier 202.

